



Sächsischer Landtag

38. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 13:00 Uhr

Donnerstag, 11. August 2016, Plenarsaal

Schluss: 15:47 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	3115	Überweisungen an die Ausschüsse	3141
	Änderung der Tagesordnung	3115	Nächste Landtagssitzung	3141
1	– 1. Lesung der Entwürfe Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018) Drucksache 6/5550, Gesetzentwurf der Staatsregierung – Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 (Haushaltsbegleitgesetz 2017/2018 – HBG 2017/2018) Drucksache 6/5551, Gesetzentwurf der Staatsregierung – 1. Lesung des Entwurfs Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen Drucksache 6/5552, Gesetzentwurf der Staatsregierung	3115		
	Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen	3115		
	Rico Gebhardt, DIE LINKE	3122		
	Frank Kupfer, CDU	3126		
	Dirk Panter, SPD	3129		
	Dr. Frauke Petry, AfD	3131		
	Volkmar Zschocke, GRÜNE	3133		
	Jens Michel, CDU	3135		
	Mario Pecher, SPD	3137		
	André Barth, AfD	3138		
	Franziska Schubert, GRÜNE	3139		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 13:00 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags.

Zuallererst beglückwünsche ich ganz herzlich unsere Kollegin Abg. Juliane Pfeil. Sie ist den Bund der Ehe eingegangen und trägt jetzt den Familiennamen Pfeil-Zabel. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Frau Klotzbücher, Herr Hartmann, Herr Heidan, Herr Schmidt und Herr Kosel.

Die Tagesordnung – Oh, Entschuldigung! Ich muss eine Korrektur vornehmen: Unser Kollege Schmidt, Landwirtschaftsminister, ist anwesend.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Zwischen den Fraktionen ist abgesprochen, dass wir die erste Beratung aller drei Gesetzentwürfe gemeinsam unter einem Tagesordnungspunkt durchführen. Wir werden also die Tagesord-

nungspunkte 1 und 2 zusammenziehen, was nach § 79 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung jederzeit möglich ist. Wenn es keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so. – Ich kann ihn nicht erkennen. Danke.

Das Präsidium hat für die heutige Debatte folgende Redezeiten festgelegt: CDU 38 Minuten, DIE LINKE 29 Minuten, SPD 21 Minuten, GRÜNE 17 Minuten, Staatsregierung 45 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können je nach Bedarf verteilt werden.

(Zuruf: AfD?)

– Oh, Entschuldigung! Die AfD habe ich übersprungen. Sie hat 19 Minuten Redezeit.

Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Änderungsvorschläge zur oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. Die Tagesordnung der 38. Sitzung ist damit bestätigt, und wir treten in diese ein.

Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Aufgerufen ist

Tagesordnungspunkt 1

– 1. Lesung der Entwürfe

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018)

Drucksache 6/5550, Gesetzentwurf der Staatsregierung

– Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 (Haushaltsbegleitgesetz 2017/2018 – HBG 2017/2018)

Drucksache 6/5551, Gesetzentwurf der Staatsregierung

– 1. Lesung des Entwurfs

Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen

Drucksache 6/5552, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Für die Staatsregierung als Einreicherin spricht zunächst Herr Staatsminister der Finanzen Prof. Dr. Georg Unland. Danach erhalten die Fraktionen in folgender Reihenfolge das Wort: DIE LINKE, CDU, SPD, AfD, GRÜNE.

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Vor einigen Tagen hat Ihnen die Staatsregierung die Entwürfe eines Haushaltsgesetzes – für die kommenden zwei Jahre, 2017 und 2018 – und eines Haushaltsbegleitgesetzes zur parlamentarischen

Beratung zugeleitet. In den nächsten Monaten stellen wir somit die Weichen für die weitere Entwicklung unseres Freistaates.

Die sächsischen Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir unser Land gestalten und die Weichen vorausschauend stellen. Es wird also auch erwartet, dass wir die Zeit nach dem Doppelhaushalt 2017/2018 im Blick haben. Mit dem vorliegenden Haushalt hat die Staatsregierung einen Entwurf vorgelegt, der die zukünftigen Herausforderungen meistern kann und dem Freistaat Sachsen Stabilität verleiht.

Zunächst möchte ich auf die Rahmenbedingungen eingehen, unter denen der Doppelhaushalt 2017/2018 aufgestellt wird. Die Konjunktur läuft derzeit gut. Wir haben in Deutschland momentan ein solides und stabiles Wirtschaftswachstum. Die starke binnenwirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich in der sehr guten Entwicklung des Arbeitsmarktes und einem nach wie vor hohen Konsumniveau wider. Die gute Beschäftigungslage und der hohe Binnenkonsum haben steigende Steuereinnahmen zur Folge. Die Einnahmen bei den großen Steuerarten – Lohn- bzw. Einkommensteuer und Umsatzsteuer – sind deutlich aufwärts gerichtet. Bleiben bzw. erfüllen sich die derzeitigen Einnahmenprognosen bis zum Jahr 2020, kann man getrost von einem „goldenen Jahrzehnt“ für die öffentlichen Haushalte sprechen. Zehn Jahre wirtschaftliches Wachstum ohne Konjunkturreinbruch sind historisch betrachtet eher selten.

Darüber hinaus profitiert die deutsche Wirtschaft – wie auch andere Volkswirtschaften weltweit – stark von volativen Effekten, die derzeit positiv wirken. Die weltweiten Rohstoffpreise sind derzeit sehr niedrig – abgesehen vielleicht vom Gold; aber ich weiß nicht, ob Gold überhaupt noch ein Rohstoff ist. Der Wechselkurs gegenüber dem Dollar ist niedrig. Das Zinsniveau ist – ich sage es bewusst etwas zurückhaltend – teilweise besorgniserregend niedrig.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Wirtschaft brummt.

Als Folge dieser positiven und teilweise einmaligen Rahmenbedingungen steigt die Erwerbstätigkeit. Die Löhne steigen. Die privaten und die staatlichen Konsumausgaben steigen. In der Folge dessen steigen auch die Steuereinnahmen – in den letzten Jahren meistens überproportional stark. Hinzu kommt die noch großzügige Ausstattung Sachsens mit EU-Mitteln und aus dem Solidarpakt II; dazu aber später noch einige Ausführungen.

Es läuft also sehr gut. Übersehen dürfen wir jedoch nicht: Die Risiken sind hoch. Sie stehen derzeit aber noch im Hintergrund. Mit steigenden Löhnen erhöhen sich auch die Arbeitskosten in Deutschland, und zwar seit einigen Jahren deutlich stärker als die Produktivität. Das bedeutet, dass unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit abnimmt. Darüber hinaus entsteht durch die lockere Geldpolitik der Notenbanken die Gefahr, dass neue Blasen an den Kapital- und Immobilienmärkten entstehen.

Die Folge sind hohe Risiken, nicht nur für den Finanzsektor, sondern auch für die Realwirtschaft. Schmerzhaft haben wir das ja in den Jahren 2009 und 2010 erfahren. Die Stabilität der Banken hat sich gegenüber den Zeiten der Finanzkrise zwar erhöht, wie sich aktuell aber am Beispiel von Italien zeigt, bestehen weiterhin große Herausforderungen, das europäische Bankensystem auf dauerhaft stabile Füße zu stellen. Ich möchte noch einmal betonen: Die Finanzkrise der Jahre 2008/2009 ist noch nicht überall überwunden und verarbeitet worden.

Wir haben in Deutschland derzeit eine gute wirtschaftliche Lage. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung ist aber wackelig und von großen Unsicherheiten geprägt. Wir dürfen daher nicht den Fehler machen, die Erträge des früheren Maßhaltens zu verfrühstücken und die Ausgaben auf einem Niveau zu verstetigen, das dann den Freistaat in zukünftigen mageren Jahren überfordern würde.

Kommen wir nun zu einigen ausgewählten wichtigen ausländischen Rahmenbedingungen, mit denen wir uns auch auseinandersetzen müssen. Wir haben in Europa bzw. in der Eurozone einige Sorgenkinder und politische Krisen. Eines der Hauptereignisse wird der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sein. Die Auswirkungen eines möglichen – man sagt es so – Brexit, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, auf Europa, Deutschland und Sachsen lassen sich derzeit nicht abschätzen.

Die Frage nach den Folgen des Brexits für die deutschen Regionen ist auch für Sachsen relevant, da mit Großbritannien ein Nettozahler der EU austritt. Ein wesentliches Förderinstrument für Sachsen sind die Mittel aus den Strukturfonds der EU. Die konkreten Folgen eines derart einschneidenden Ereignisses, wie es ein Brexit darstellen würde, vorab zu berechnen, ist jedoch unmöglich. Hierfür gibt es einige Gründe. Erstens: Es ist unklar, welche Auswirkungen der Brexit auf die Wirtschaftstätigkeit in europäischen Regionen hat. Schaut man sich die Außenhandelsbilanz Sachsens einmal an, dann wird deutlich, wie viel wir nach Großbritannien exportieren. Zweitens: Die Auswirkungen des Brexits auf den EU-Haushalt und damit auch auf die Höhe der EU-Strukturfördermittel sind unklar. Drittens: Es ist unabhängig vom Brexit unklar, wie das Förderregime in der folgenden Förderperiode 2021 bis 2027 ausgestaltet sein wird.

Zu dieser Krise kommen weitere hinzu. Die zahlreichen anhaltenden geopolitischen Krisenherde können weitreichende politische und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Beispielsweise sind die Folgen der angespannten politischen Situation in der Türkei und auch die weiteren Folgen der anhaltenden Konflikte in Osteuropa, hier insbesondere der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, nicht absehbar. Gleichfalls bestehen weiterhin Bürgerkriege im Nahen Osten. Sie kennen sie: in Syrien und im Irak. Außerdem gibt es Krisenherde in Nordafrika. Dies betrifft Sachsen unmittelbar, nicht zuletzt durch die Flüchtlingsbewegungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können nicht vorhersehen, wie sich die geopolitischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

(Enrico Stange, DIE LINKE:
Das gilt für jeden Haushalt!)

– Ja, das ist richtig. Deshalb mache ich hier einige grundsätzliche Ausführungen.

Die genannten Faktoren können wir hier in Sachsen nicht beeinflussen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die im Regierungsentwurf unterstellten Steuereinnahmen noch nicht verdient worden sind. Einnahmeprognosen sind, da sie nun einmal die Zukunft betreffen, von hohen Unsicherheiten geprägt. Daher ist es aus meiner Sicht auch wichtig, die Einnahmen eher konservativ zu schätzen. Nur so kann das Spannungsfeld der Einnahmen und Ausgaben politisch seriös bearbeitet werden.

Bei einer positiveren Entwicklung der Einnahmen haben wir positive Probleme zu lösen, uns stehen dann mehr finanzielle Mittel zur Nutzung politischer Handlungsspielräume zur Verfügung. Gerade bei unausweichlichen Mehrausgaben – und die Lebenserfahrung zeigt: die gibt es immer – ist dies ein nicht zu unterschätzender Faktor. Falls dagegen die Einnahmenseite bewusst unterschätzt wird und die Einnahmenerwartungen dann nicht eintreffen bzw. unerwartete Mehrausgaben anstehen, haben wir mit negativen Problemen, also mit Kürzungen zu kämpfen. Das wäre ein erheblicher Vertrauens- und Handlungsverlust für die gesamte Politik.

Lassen Sie mich nun die Eckdaten des Regierungsentwurfs zum neuen Doppelhaushalt 2017/2018 erläutern.

Ich sagte es bereits vorhin: Die derzeit positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland ermöglichen ein Rekordvolumen für den sächsischen Doppelhaushalt 2017/2018. 2017 liegt das Haushaltsvolumen bei 18,4 Milliarden Euro und im Jahr 2018 sogar bei 18,7 Milliarden Euro. Erstmals überschreitet das jährliche Haushaltsvolumen damit deutlich die Grenze von 18 Milliarden Euro. Hier spiegelt sich nicht nur die aktuell sehr dynamische Entwicklung der Steuereinnahmen wider, sondern auch die nach wie vor gute Ausstattung des Freistaates mit Mitteln von Dritten. Rund die Hälfte der Einnahmen des Freistaates wird nicht durch eigene Steuerkraft erwirtschaftet, sondern wir erhalten sie von Dritten, sei es von der EU in der aktuellen Förderperiode, über den Solidarpakt II vom Bund oder über den Länderfinanzausgleich von anderen Bundesländern. Das bedeutet, dass die Einnahmenausstattung nach wie vor von Entscheidungen Dritter abhängig ist.

Hinsichtlich der EU-Förderung stehen dem Freistaat Sachsen im Vergleich zu früheren Förderperioden schon heute nur rückläufige EU-Mittel zur Verfügung. Die Entwicklung in der neuen Förderperiode ab 2021 ist noch komplett offen, nicht nur – das habe ich vorhin schon deutlich gemacht –, aber auch wegen des anstehenden Brexits.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung für die Einnahmensituation des sächsischen Haushalts ist die zukünftige Entwicklung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind sehr vielschichtig. Einige Baustellen konnten bereits in den vergangenen Wochen und Monaten abgeräumt werden. Nennen möchte ich hier beispielsweise die Mittel für den sozialen Wohnungsbau oder die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV. Andere Schauplätze sind hingegen noch offen. Beispiels-

weise wurde noch keine Einigung über den dicksten Brocken, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, über den bundesstaatlichen Finanzausgleich ab 2020 erreicht. Die Länder haben sich zwar auf ein gemeinsames Modell für eine Anschlussregelung an das Ende 2019 auslaufende Finanzausgleichssystem verständigt, sie konnten sich jedoch noch nicht mit dem Bund einigen. Das Ländermodell würde zusätzliche Bundesmittel in Höhe von knapp 10 Milliarden Euro für die Länder bringen.

Auch wenn dies noch „Zukunftsmusik“ und für den Doppelhaushalt 2017/2018 noch ohne Bedeutung ist, darf ich das bis dahin geltende System in Erinnerung rufen. 2017 rutscht Sachsen bei den Solidarpaktmitteln erstmals unter die Eine-Milliarde-Euro-Grenze. Das sind die sogenannten Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen, auch SoBEZ genannt.

Der Doppelhaushalt 2017/2018 wurde auch unter der Prämisse aufgestellt, dass es zeitnah eine Einigung zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen über das Jahr 2019 hinaus gibt. Dies würde dem Freistaat eine dauerhaft verlässliche Einnahmenausstattung ab dem Jahr 2020 sichern.

Wir gesagt: Das Angebot der Länder liegt auf dem Tisch. Der Bund ist nun gefragt, über das in jahrelangen Verhandlungen unter den Ländern erarbeitete Ergebnis zu entscheiden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf der Einnahmenseite des Haushaltes die Volatilität steigt und die Unsicherheiten groß sind. Aus diesen Gründen stehe ich auch weiterhin dazu, die zukünftigen Einnahmen eher konservativ zu schätzen.

Der Freistaat Sachsen kann im Doppelhaushalt 2017/2018 die Chancen zum Gestalten nutzen. Wir müssen uns dabei aber auch der zukünftigen Risiken bewusst sein. Auf der Ausgabenseite werden neue und damit dauerhafte Strukturen geschaffen. Dadurch steigen die Verbindungen im Haushalt. Dies darf aber nicht zulasten der künftigen politischen Handlungsfähigkeit geschehen. Für zukünftige Generationen müssen wir heute schon den haushalterischen Rahmen schaffen, damit sie, das heißt die zukünftige Generation, auch politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume nutzen kann.

Entsprechend des verfassungsmäßig verankerten Neuverschuldungsverbotes kommt der Doppelhaushalt ohne Aufnahme von Krediten aus. Bereits seit 2006 tilgt der Freistaat seine Schulden. Für die beiden kommenden Jahre ist wieder eine jährliche Schuldentilgung von 75 Millionen Euro vorgesehen. Eine Entnahme aus der Haushaltsausgleichsgrundlage ist nicht geplant. Der Freistaat trifft weiterhin eine Vorsorge für die zukünftigen Pensionszahlungen. Entsprechende Zuführungen an den Generationenfonds sind in auskömmlicher Höhe im Regierungsentwurf des Doppelhaushaltes enthalten. Mit den zwei verbleibenden Zuführungen an den Garantiefonds im Doppelhaushalt ist das Thema Sachsen LB endgültig und ohne Schuldenaufnahme abfinanziert.

Darüber hinaus werden weiterhin die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die positive Entwicklung des Freistaates geschaffen. Wir investieren in die Zukunft Sachsens und verstetigen im Doppelhaushalt 2017/2018 die Investitionsausgaben auf einem hohen Niveau von rund 2,9 Milliarden Euro jedes Jahr. Der Zukunftssicherungsfonds leistet hier wertvolle Unterstützung. Mit einer Investitionsquote von rund 16 % pro Jahr bleibt der Freistaat auch zukünftig im bundesweiten Vergleich führend und sichert dadurch Sachsens Zukunftsfähigkeit. Es werden also keine weiteren Lasten auf zukünftige Generationen übertragen, sondern in die Zukunftsfähigkeit des Freistaates investiert.

(Cornelia Falken, DIE LINKE:
Nicht im Lehrerbereich!)

Zusätzlich wurde bereits mit dem Programm „Brücken in die Zukunft“ ein umfassendes Investitionspaket zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft verabschiedet. Bis zum Jahr 2020 steht dieses Paket mit einem Volumen von über 800 Millionen Euro neben dem Haushalt ergänzend zur Verfügung. Dieses Investitionspaket verdeutlicht das gemeinsame Ziel von Kommunen und Freistaat, das Land weiter voranzubringen.

Aufgrund der Krisen in der Welt waren wir gezwungen, uns ab Mitte 2015 verstärkt mit dem Thema Asyl auseinanderzusetzen. Das wird uns auch im kommenden Doppelhaushalt weiter beschäftigen. Die größte Herausforderung im aktuellen Haushalt war es, die flüchtlingsbezogenen Ausgaben in den Einnahmenrahmen einzuordnen.

Trotz der nach wie vor hohen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der Flüchtlingskrise ist es gelungen, einen Haushalt ohne Einschnitte in den Ressorts aufzustellen. Aufgrund der soliden Haushaltspolitik des Freistaates können wir auch unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen unsere politischen Handlungs- und Gestaltungsspielräume nutzen. Für die gesamtgesellschaftliche Herausforderung Asyl und Integration sind für das Jahr 2017 Ausgaben von 780 Millionen Euro und 650 Millionen Euro für das Jahr 2018 vorgesehen.

Die Ausgaben fallen in drei Bereichen an: erstens, unmittelbare Kosten für Unterkunft, für Essensversorgung und dergleichen mehr, zweitens, Integrationskosten und, drittens, Kosten aufgrund der veränderten Sicherheitslage. Die Sonderlasten durch Asyl und Integration konnten im Haushalt 2017/2018 – wie bereits erwähnt – ohne Einschnitte in anderen Bereichen eingeordnet werden.

Die Frage ist, wie uns das gelungen ist. Drei Finanzierungsquellen haben dazu beigetragen. Erstens, die gute Steuerentwicklung. Wir haben – und so sind auch die Prognosen für die kommenden Jahre – mit einem Anstieg der Steuereinnahmen von circa einer halben Milliarde jährlich zu rechnen. Zweitens, Die Auflösung von Vermögen und Rücklagen, die wir in den Vorjahren gebildet haben; das sind rund 600 Millionen Euro. Ich erinnere Sie beispielsweise an den Asyl- und Flüchtlingshilfefonds in

Höhe von 300 Millionen Euro, den wir angelegt haben und den wir jetzt in den kommenden zwei Jahren restlos auflösen werden. Drittens, die Teilentlastung – die Betonung liegt auf Teil – durch den Bund. Hier rechnen wir mit rund 150 Millionen Euro pro Jahr.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal anmerken, dass diese Herausforderung auch zukünftig nicht ohne Hilfe des Bundes und eines breiten gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu bewerkstelligen sein wird. Mein ausdrücklicher Dank geht an alle, die sich bei dieser Herausforderung positiv eingebracht haben, unabhängig davon, ob als Bedienstete des Freistaates oder der kommunalen Ebene,

(Jörg, Urban, AfD: Aber nicht an die Steuerzahler!)

ob im Rahmen der verschiedenen Hilfsorganisationen oder ehrenamtlichen Tätigkeiten.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und vereinzelt bei der Staatsregierung)

Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 werden intensive Schritte unternommen, um den anstehenden Generationenwechsel in der Landesverwaltung möglichst fließend zu gestalten und den Personalkörper in den nächsten Jahren gezielt zu verjüngen. Insgesamt erreichen die Personalausgaben im Doppelhaushalt 2017/2018 ein Rekordniveau von 4,58 Milliarden Euro im Jahr 2017 und sogar von 4,73 Milliarden Euro im Entwurf für das Jahr 2018 im Kernhaushalt. Dabei sind die Personalausgaben von Hochschulen und Staatsbetrieben nicht enthalten.

Innerhalb dieser beiden Jahre steigen die gesamten Personalausgaben im Vergleich zum Jahr 2016 um rund 11 %. Nach der aktuellen Studie „Länder-Finanz-Benchmarking 2016“ hat Sachsen bereits jetzt schon überdurchschnittliche Ausgaben in einigen Personalbereichen.

Erlauben Sie mir nun, an dieser Stelle einen demografischen Sachverhalt zu beleuchten, der meines Erachtens in der Stellendiskussion bisher ein wenig vernachlässigt wurde. Uns allen ist bewusst, dass aufgrund des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen in den nächsten Jahren viele Arbeitskräfte in Rente oder Pension gehen. Insgesamt rund 600 000 Menschen erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter.

(Enrico Stange, DIE LINKE:
..., weil sie älter geworden sind! –
Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Jedenfalls das Alter stimmt!)

Diesen Abgängen –

(Zuruf von den LINKEN)

– Das hat mehrere Facetten.

(Heiterkeit – Weitere Zurufe)

– aus dem Arbeitsmarkt steht aber eine nur halb so große Gruppe junger Menschen gegenüber, die in den Arbeitsmarkt eintreten, in den nächsten zehn Jahren rund 300 000. Dies führt zu Nachwuchssorgen im öffentlichen Dienst, aber auch in der Privatwirtschaft. Im öffentlichen

Dienst – also Land, Kommunen, aber auch Bundeseinrichtungen in Sachsen – werden in den nächsten Jahren hohe Altersabgänge zu verzeichnen sein. Von den Absolventen, die die Schule verlassen, würde theoretisch jeder vierte im öffentlichen Dienst landen, falls alle Altersabgänge vollständig ersetzt werden.

Momentan arbeitet nur jeder Achte in Sachsen im Staatsdienst; die Staatsquote im Personalbereich würde sich also perspektivisch verdoppeln. Dies ist ein bisher vernachlässigter Punkt in der Personaldiskussion. Die hohen Einstellungen des Staates entziehen der Privatwirtschaft, also den sächsischen Unternehmen, die die Einkommen generieren und wiederum über Steuern den sächsischen Staat finanzieren, über den demografisch bedingten Fachkräftemangel hinaus zusätzlich Fachkräfte. Ich befürchte, dass wir hier zum Teil an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen. Es würde mich freuen, wenn dieser Aspekt in zukünftigen Personaldiskussionen ebenfalls berücksichtigt würde.

Speziell auch im Hinblick auf die rückläufigen Transfers benötigt Sachsen zukünftig eine starke einheimische Wirtschaft. Es ist bereits jetzt absehbar, dass jeder einzelne in Sachsen verdiente Euro in den künftigen Haushalten ein stärkeres Gewicht erlangen wird. Jeder in Sachsen verdiente Euro gibt den sächsischen Haushalten mehr Stabilität und Sicherheit und macht den Freistaat unabhängiger von Transferzahlungen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass der Freistaat Sachsen trotz der großen gesellschaftlichen Herausforderungen politisch handlungsfähig ist. Die globalen Krisen und die einsetzenden Flüchtlingsbewegungen führten und führen zu unvorhersehbaren Mehrausgaben, die der Freistaat ohne Einschnitte in den Ressorts stemmt. Es zeigt sich sogar, dass er diese Herausforderungen nicht nur bewerkstelligen kann, sondern sogar weitere politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume nutzt.

Im Folgenden möchte ich einige politische Schwerpunkte beleuchten. Dabei möchte ich mich auf vier Schwerpunkte beschränken. Die umfassende Diskussion der Einzelpläne mit den detaillierten Schwerpunktsetzungen wird zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Haus stattfinden.

Erstens – Innere Sicherheit. Der Entwurf des Doppelhaushaltes 2017/2018 setzt ein deutliches Zeichen für einen künftig verstärkten Personaleinsatz. Im Bereich der Polizei und der Justiz wird nicht nur auf den bis 2020 geplanten Stellenabbau verzichtet, sondern wir verzeichnen ein deutliches Stellenplus. Bis 2020 setzen wir bei der Polizei die Realisierung von insgesamt 676 kw-Vermerken aus. Darüber hinaus wird sich die Stellenzahl bei der Polizei schrittweise um 1 000 Stellen erhöhen. Dafür wird auch die Ausbildungskapazität auf jährlich 600 Anwärter erhöht; sie hat sich damit gegenüber dem Jahr 2014 verdoppelt. Hinzu kommen 550 Frauen und Männer, die im Rahmen der Wachpolizei für Ordnung und Sicherheit im Freistaat sorgen.

Im Justizbereich wird ein Stellenabbau im Umfang von rund 370 Stellen nicht vollzogen. Zusätzlich werden im

Doppelhaushalt 30 Ausbildungsstellen für Justizbedienstete ausgebracht. Es wird gewährleistet, dass Staatsanwaltschaften, Gerichte und der Justizvollzug auch zukünftig die konsequente Strafverfolgung in Sachsen sicherstellen können.

Beim Thema Innere Sicherheit wird beispielsweise nicht nur in zusätzliches Personal, sondern auch in die Ausbildung der Polizeianwärter für die benötigten Standorte investiert. Allein für die Polizeischulen in Bautzen, Rothenburg, Schneeberg und Chemnitz sind rund 20 Millionen Euro im Doppelhaushalt vorgesehen. Wir investieren aber auch in die Ausrüstung, die Technik und den Schutz unserer Polizeibeamten. Rund 150 Millionen Euro stehen insgesamt über beide Jahre für Polizeiautos, Schutzausrüstungen sowie moderne IT- und Funktechnik zur Verfügung.

Auch der Bereich Justizvollzug wird mit Investitionen von 24 Millionen Euro im Jahr 2017 und 48 Millionen im Jahr 2018 deutlich gestärkt. Wichtige Baumaßnahmen sind die gemeinsame sächsisch-thüringische Justizvollzugsanstalt in Zwickau, aber auch der Beginn des Neubaus des Haftkrankenhauses der JVA Leipzig und die Baumaßnahmen im offenen Vollzug in der JVA Chemnitz.

Zweitens – Bildung und Forschung. Im Bereich Bildung und Forschung ist der Freistaat Sachsen exzellent, und er wird dies auch zukünftig bleiben. Die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung erreichen im Doppelhaushalt 2017/2018 ein Rekordniveau: 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 und 5,7 Milliarden im Folgejahr. Damit investieren wir auch weiterhin in den Ausbau Sachsens als Bildungs- sowie internationalen Wissenschafts- und Forschungsstandort.

Der Freistaat unterstützt auch zukünftig die beiden Exzellenzuniversitäten Dresden und Chemnitz, an der TU Chemnitz beispielsweise den zweiten Bauabschnitt des Projektes MERGE oder die zentrale Universitätsbibliothek, an der Technischen Universität Dresden die erweiterte Sanierung des Barkhausenbaues bzw. den Neubau in der Optoelektronik.

Darüber hinaus erhalten aber auch die anderen Hochschulen in ganz Sachsen erhebliche Mittel. Hier einige Beispiele: An der Universität Leipzig errichten wir das Zentrum für Integrative Biodiversitätsforschung. An der Technischen Universität Bergakademie Freiberg entstehen ein Hörsaalzentrum und eine neue Bibliothek. An der Hochschule in Mittweida werden Schwerlastlabore installiert, und an der Westsächsischen Hochschule Zwickau entstehen ein Technologiezentrum und ein Technikum im Bereich der Innenstadt.

Für den Schulhausbau wird die Landesförderung auf einem hohen Niveau von jährlich jeweils 57 Millionen Euro verstetigt. Der Freistaat unterstützt damit auch zukünftig die Kommunen, um die schulische Infrastruktur den quantitativen und qualitativen Erfordernissen anzupassen.

Dritter Schwerpunkt – Gesundheit. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Investitionen in das Gesundheitswesen. Speziell vor dem Hintergrund, dass der Anteil der älteren Mitbürger zunehmend steigt, müssen wir hier besondere Schwerpunkte setzen. Die Krankenhausförderung beläuft sich 2017/2018 auf rund 130 Millionen Euro jährlich und wurde gegenüber dem jetzigen Doppelhaushalt nochmals erhöht.

Ein wichtiger neuer Schwerpunkt ist die Förderung der Telemedizin. Damit erhält auch der ländliche Raum Zugang zur besten medizinischen Versorgung. Der Ansatz für Telemedizin wurde auf 5 Millionen Euro pro Jahr gegenüber 2016 verfünffacht. Der Breitbandausbau, insbesondere im ländlichen Raum, ist die entscheidende Voraussetzung, um stabile Anwendungen zu ermöglichen.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Digitale Offensive Sachsen setzt genau an diesem Punkt an.

Kommen wir zu einem vierten Beispiel, zur kommunalen Ebene und dem damit verbundenen FAG. Gemeinsam mit dem Entwurf für ein neues Haushaltsgesetz liegt Ihnen auch der Gesetzentwurf zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen für die Jahre 2017 und 2018 vor.

Lassen Sie mich grundsätzlich einige Worte zur Finanzierung unserer Kommunen sagen; immerhin fließt rund ein Drittel des staatlichen Haushaltsvolumens an sie. Sie verfügen im Grunde über vier Finanzierungselemente: erstens – eigene Einnahmen, insbesondere die eigenen Steuern, zweitens – die Zuweisungen aus dem FAG, drittens – die Rücklagen; es können eigene sein, aber auch das Vorsorgevermögen des FAG, und viertens – sonstige Zuwendungen des Freistaates, unter anderem Fördermittel. Das FAG bildet damit insgesamt nur einen Teil der Finanzströme zwischen dem Freistaat und seinen Kommunen ab.

Im Verhältnis zum FAG haben die sonstigen Zuweisungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Strukturell bedeutet das, dass wir uns vom allseits geschätzten Gleichmäßigkeitsgrundsatz des FAG entfernen.

Wir erwarten in den Jahren 2017 und 2018 eigene Steuereinnahmen der Kommunen in Höhe von jeweils rund 3,2 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Vor etwas mehr als zehn Jahren war dieser Betrag noch nicht einmal halb so hoch. Darüber hinaus profitieren die Kommunen von den Steuereinnahmen des Landes, und zwar automatisch über den Gleichmäßigkeitsgrundsatz I. Ohne den Sondereffekt der Überführung des Mehrbelastungsausgleichs erhalten die Kommunen in den beiden Jahren 3 Milliarden Euro bzw. 3,2 Milliarden Euro im kommunalen Finanzausgleich. Damit stehen den Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 rekordverdächtige 6,2 Milliarden Euro bzw. 6,4 Milliarden Euro als regelgebundene Finanzausstattung zur Verfügung. Das sind zusammen rund 800 Millionen Euro mehr als im aktuellen Jahr 2016.

Darüber hinaus haben wir die Absenkung des Mehrbelastungsausgleichs aus der Verwaltungsreform 2008 nicht nur gestoppt, sondern auch auf ein höheres Niveau gehoben. Der Mehrbelastungsausgleich wurde zudem in das FAG integriert und nimmt dadurch an der Dynamisierung in den nächsten Jahren teil.

Damit ist jedoch bei Weitem nicht der gesamte finanzielle Spielraum der kommunalen Ebene beschrieben; denn auch außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs kommen in den Jahren 2017 und 2018 weitere allgemeine Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hinzu. Das wohl bekannteste Beispiel des Freistaates ist die Kita-Pauschale. Die Kommunen werden hierfür mehr als eine halbe Milliarde Euro jährlich erhalten.

Die außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs und damit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes I gezahlten allgemeinen Zuweisungen belaufen sich in den kommenden beiden Haushaltsjahren ohne die durchlaufenden Bundesmittel auf jeweils 2 Milliarden Euro. Das sind 39 % der insgesamt vom Land an die Kommunen, inklusive des FAG-Ausgleichs, ausgereichten allgemeinen Zuweisungen. Vor zehn Jahren betrug der Anteil noch 30 %.

Um diese Entwicklung noch einmal einzusortieren: Es nehmen also nicht nur die Zuweisungen innerhalb des FAG zu; die übrigen Zuweisungen steigen sogar deutlich stärker. Dieser Anstieg – da bin ich ganz offen – macht mich durchaus nachdenklich. Ein solcher Anstieg zeigt, dass wir bei der kommunalen Finanzausstattung zunehmend einen Pfad beschreiten, der sich vom Primat des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes kontinuierlich wegbewegt.

Diese Entwicklung sollten wir sorgfältig beobachten, da wir uns langfristig ein solches Hybridsystem nicht leisten können. Der im Freistaat Sachsen angewendete Gleichmäßigkeitsgrundsatz gibt den Kommunen die Möglichkeit, ihre Aufgaben selbstverantwortlich und effizient wahrzunehmen. Er trägt auch dazu bei, die Demokratie auf der lokalen Ebene zu festigen. Die durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz garantierte allgemeine Finanzausstattung der Gemeinden und Landkreise ist ein hohes Gut und sollte daher nicht infrage gestellt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf basiert auf der Einigung zwischen der Staatsregierung und den Präsidenten der kommunalen Landesverbände vom 6. Juni 2016. Die Verhandlungen zum Finanzausgleichsgesetz haben erneut gezeigt, dass wir in Sachsen auf die Partnerschaft zwischen der kommunalen Ebene und der Staatsregierung bauen können. Ich möchte daher allen Beteiligten danken, die sich im Interesse unserer Städte, Gemeinden und Landkreise für diese ausgewogene und faire Lösung engagiert haben.

Erlauben Sie mir jedoch noch ein Wort zur generellen Situation der kommunalen Haushalte. Das gilt natürlich nicht für jeden Haushalt im Einzelnen, aber es gilt generell. Wir haben in der Tat die kommunalen Haushalte mit einem Rekordvolumen ausgestattet, insbesondere mit sehr vielen freien Mitteln. Es obliegt nun den Entscheidungs-

trägern auf der kommunalen Ebene, die Mittel verantwortungsvoll zu bewirtschaften. Sie müssen darauf achten, dass keine Strukturen aufgebaut werden, die dauerhaft nicht finanzierbar sind.

Um es auf den Punkt zu bringen: Mit dem FAG 2017/2018 steigt die Verantwortung der kommunalen Selbstverwaltung. Es kommt also noch stärker auf unsere Bürgermeister und Landräte, wie auch auf die Stadt-, Gemeinde- und Kreisträte in den sächsischen Kommunen an.

Alles in allem sehen wir auf dieser Grundlage einer ausgezeichneten Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel entgegen. Aus diesem Grund haben wir die investiven Schlüsselzuweisungen deutlich angehoben. Den Kommunen werden insgesamt 720 Millionen Euro an investiven Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stehen. Dies beinhaltet aber gleichzeitig die Verpflichtung der Gemeinden und Landkreise, diese Investitionsmittel zusätzlich zu den Mitteln aus dem Brückenfonds tatsächlich und vor allem nachhaltig zu verwenden.

Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf sichert nicht nur die kommunale Finanzausstattung auf hohem Niveau, er setzt auch die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag zur Stärkung des ländlichen Raumes um. Ihnen ist bekannt, dass die Bevölkerung in den Städten zunimmt, die im ländlichen Raum dagegen abnimmt. Aufgrund der höheren Gewichtung, die die Einwohner der kreisfreien Städte bei der Finanzkraftverteilung haben, führt die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung zur Verschiebung von Finanzkraftanteilen. Diese Verschiebung entspricht nicht den Veränderungen der Aufgaben.

Um die bevölkerungsbedingten Verzerrungen in der Finanzausstattung beider Räume auszugleichen, wurde ein Volumen von 50 Millionen Euro als notwendig ermittelt. Im Einvernehmen mit den kreisfreien Städten – das möchte ich betonen – haben wir daher Schlüsselzuweisungen in Höhe von 50 Millionen Euro von den kreisfreien Städten zugunsten des kreisangehörigen Raumes umgeschichtet. Unter Beachtung der spezifischen Aufgaben und Eigenschaften der Räume wird damit wieder ein Gleichgewicht zwischen ihnen hergestellt.

Auch für den ländlichen Raum stellt der Freistaat erhebliche Mittel neben dem FAG zur Verfügung. Beispielsweise unterstützt der Freistaat die Kommunen beim Straßenbau und Straßenerhalt mit Fördermitteln in Höhe von 121 Millionen Euro jährlich und ermöglicht eine deutlich verbesserte Förderung des kommunalen Straßenbaus.

Zudem profitiert der ländliche Raum durch die digitale Offensive des Freistaates Sachsen. Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur ist eines der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur wird daher im Jahr 2017 mit rund 50 Millionen Euro und im Jahr 2018 mit 42 Millionen Euro weitergeführt.

Auch die Kulturraummittel werden im Doppelhaushalt 2017/2018 mit 3 Millionen Euro jährlich aufgestockt und

liegen in den kommenden beiden Jahren jeweils bei 94,7 Millionen Euro. Neben den drei Großstädten profitiert auch der ländliche Raum von dieser Erhöhung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung legt Ihnen mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 einen Rekordhaushalt vor. Rekorde sind kein Normalzustand und können es auch nicht werden. Wir können uns auch in Zukunft nicht darauf verlassen, dass die Einnahmequellen so ergiebig sprudeln, wie sie es momentan noch tun.

Trotz der besonderen Herausforderungen durch Zuwanderung und Integration schaffen wir es, einen generationsgerechten Haushalt ohne Einschnitte in den einzelnen Ressorts aufzustellen. Der Freistaat Sachsen kann aufgrund seiner langjährigen soliden Haushaltspolitik Prioritäten setzen und politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume nutzen, auch unter schwierigen Bedingungen. Dies zeigt sich auch in der verlässlichen Partnerschaft zwischen der kommunalen Ebene und der Landesregierung.

Die Staatsregierung hat mit dem Haushaltsentwurf einen Vorschlag unterbreitet, der auch künftig Stabilität und Sicherheit für Sachsen gewährleistet und die anstehenden Herausforderungen meistert. Es werden intensive Schritte unternommen, um den anstehenden Generationenwechsel zu gestalten. Mit dem Haushaltsentwurf setzen wir Schwerpunkte, zum Beispiel in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Gesundheitswesen und Kommunen. Damit sichern wir die Zukunft Sachsens.

Für diesen eingebrachten Vorschlag bitte ich Sie in den anstehenden Haushaltsverhandlungen um Ihre Unterstützung, und ich freue mich auf die intensiven Gespräche.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung –
Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Vielen Dank. – Wir hörten soeben unseren Staatsminister der Finanzen. Er sprach für die einreichende Staatsregierung und hat seine Redezeit um 26 Sekunden überschritten. Weil wir ganz korrekt sind, erhalten natürlich alle Fraktionen, die eine abweichende Meinung vortragen wollen – ich gehe davon aus, dass das die Oppositionsfraktionen sind –

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Auch die! –
Heiterkeit im Saal)

diese 26 Sekunden zusätzliche Redezeit.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Aussprache. Zunächst erteile ich der oppositionellen Fraktion DIE LINKE das Wort. Es spricht Herr Kollege Gebhardt. Er hat jetzt 26 Sekunden mehr.

(Dirk Panter, SPD: Nutze sie weise! –
Christian Piwarz, CDU: Es nützt
aber auch nichts bei dir, Rico! –

Heiterkeit bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Na ja, Herr Finanzminister, keine Ahnung was Ihre Koalition mit Ihnen heute eigentlich vorgehabt hat. Dass Sie heute Beifallsstürme verlangt hätten, glaube ich nicht. Aber irgendwie hatte ich nicht das Gefühl, dass alle zufrieden sind mit dem, was Sie hier vorgetragen haben. Ich werde mich jetzt außerhalb Ihres Vortrages bewegen und mich eher mit der Frage beschäftigen, ob denn der Herr Ministerpräsident weiß – obwohl ich ihm auch die Millionenfrage ersparen könnte, die sonst bei Günther Jauch gestellt wird –, wann denn das Datum des ersten Antrages meiner Fraktion zum Thema „Keine Abstriche bei der Unterrichtsversorgung an Grund-, Förder- und Berufsschulen im kommenden Schuljahr – sofort neue Lehrerstellen schaffen“ gewesen ist.

Da er es ja nicht wissen kann, will ich Ihnen das Datum in Erinnerung rufen, weil es unser erster Antrag war, der sich ausdrücklich dem beginnenden Lehrermangel gewidmet hat: Es war der 4. Juli 2006,

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Hört, hört!)

also ziemlich genau vor zehn Jahren. Herr Tillich, Sie waren bereits damals Abgeordneter im Sächsischen Landtag und haben diesen Antrag mutmaßlich abgelehnt, weil Sie als CDU-Abgeordnete ja grundsätzlich alle Anträge unserer Fraktion ablehnen.

(Jens Michel, CDU: Wenn
sie gut sind, stimmen wir zu!)

Aber das soll heute gar nicht mein Thema sein.

Wenn man in einer bekannten Suchmaschine „Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt“ eingibt, dann landet man erstaunlicherweise bei der Kampagne der Bundes-CDU zu den Europawahlen 2014. Interessant ist, dass niemand bei der von der sächsischen CDU geführten Staatsregierung auf die Idee käme, dass das ihr Motto sein könnte.

Nein, bei Ihnen hier in Sachsen steht der Finanzminister im Mittelpunkt. Das ist seit 1990 so. Aber seit der Amtsinhaber Unland heißt, zählt für Sie nur noch der Kassenswart. Die schwarze Null des Landeshaushaltes wurde erstmals 2006 als neues goldenes Kalb in die Arena getrieben, übrigens von einer CDU/SPD-Koalition. Mit dieser Ideologie der schwarzen Null haben Sie Investitionen in die Zukunft unterlassen. Es helfen Ihnen dabei auch keine aus dem Boden gestampften Projekte wie die „Brücken in die Zukunft“, mit Geld, das den Kommunen zum großen Teil sowieso zugestanden hätte.

Mit dieser Ideologie der schwarzen Null haben Sie uns bewiesen, dass Sie keine Ahnung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen haben. Ihre Verliebtheit in die sprichwörtliche schwäbische Hausfrau lässt viele Menschen in diesem Land eine rote Null sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss, wenn man nicht resistent gegen Fakten ist, grundsätzlich feststellen, dass wir heute auf den beiden landespolitischen Großbaustellen Schule und Polizei dramatische Personalprobleme haben. Das liegt an den falschen Weichenstellungen vor allem in der vorletzten Legislaturperiode. Das bedeutet, die amtierende CDU/SPD-Koalition versucht, den Schaden einzudämmen, den die frühere CDU/SPD-Koalition losgetreten hat.

Wenn Sie nun als Reparaturbrigade die eigenen Ruinen wieder instandsetzen, dann ist das zwar besser als nichts, aber auch kein Grund, in überschwänglichen Jubel auszubrechen. Grund, Sie zu feiern und zu loben, haben wir als LINKE nicht.

(Beifall bei den LINKEN –

Christian Piwarz, CDU: Das hatten Sie noch nie!)

Herr Tillich, Sie gehören seit 1999 dem sächsischen Kabinett an. Sie waren von 2002 bis 2004 Chef der Staatskanzlei und von 2007 bis 2008 Finanzminister. Sie sind seit 2004 Landtagsabgeordneter und seit 2008 sind Sie Ministerpräsident. Alles richtig, vermute ich?

(Zurufe von der CDU)

Kultusministerin Kurth spricht in ihrer verzweifelten Lage

(Starke Unruhe bei der CDU
und der Staatsregierung)

aktuell von den Fehlern der Vergangenheit, die sie nicht heilen könne. Herr Tillich, diese Fehler der Vergangenheit sind Ihre Fehler; denn Sie waren in der gesamten Zeit, als die Weichen falsch gestellt wurden, Teil dieses Stellwerkes.

Von fünf neuen Lehrkräften an den Oberschulen sind drei sogenannte Seiteneinsteiger. Sie verfügen ebenso wie die Neulehrer nach dem Zweiten Weltkrieg nicht über die im Schuldienst erforderliche pädagogische Ausbildung. Viele von ihnen werden sich mit großem Engagement, mit Unterstützung des Kollegiums zu guten Lehrkräften entwickeln wie diejenigen, die vor 70 Jahren das Schulwesen aufbauten.

Allerdings drängt sich die Frage auf: Was ist eigentlich in den letzten Jahren passiert, dass wir an einer ähnlichen Stelle wie vor 70 Jahren stehen? Ich will Ihnen die Antwort darauf geben: Sie und Ihre CDU sind uns passiert, Herr Tillich. Sie haben mit Ihren CDU-Truppen einen ideellen Krieg gegen die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und vor allem gegen die Lehrerinnen und Lehrer geführt, nur um Ihr goldenes Kalb – die schwarze Null – nicht zu gefährden, die im Übrigen nie wirklich in Gefahr war, wenn ich mir Ihre gut gefüllten Sparkonten anschau.

Jetzt kommt die Staatsregierung mit dem Argument des sogenannten leer gefegten Lehrermarktes.

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

„Warum Sachsen keine Lehrer findet“ hieß der Bericht im Deutschlandfunk schon vor zwei Monaten. Ich empfehle Ihnen auch das MDR-Dossier „Lehrermangel in Sachsen – eine politische Ursachenforschung“.

Ich sage Ihnen: Wir haben ein sächsisches Problem, was kein völlig unerwartetes, über uns hereingebrochenes Naturereignis ist, sondern ganz im Gegenteil: Es ist das erwartbare Ergebnis der besonders neoliberalen Politik der sächsischen CDU, deren Repräsentant seit vielen Jahren Sie, Herr Tillich, sind. Wenn man sich dieser simplen Erkenntnis weiterhin verschließt, wird es keine langfristigen, strategischen Lösungen geben.

Vor Beginn der letzten Legislaturperiode stellten Sie, Herr Tillich, in Ihrer ersten Regierungserklärung nach den Landtagswahlen 2009 und zu Beginn der schwarz-gelben Koalition das einzige konkrete Ziel in Ihrer bisherigen gesamten Amtszeit vor: die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten im Landesdienst auf 70 000. Sie wussten, was Sie taten; denn Sie gehörten zu diesem Zeitpunkt, wie schon gesagt, seit zehn Jahren der Sächsischen Staatsregierung an. Sie wussten, dass dieses Ziel nur erreichbar wäre, wenn man in Größenordnungen Lehrerinnen und Lehrer und Polizistinnen und Polizisten wegrationalisiert. Sie wollten das und beauftragten Ihre Fachministerinnen und -minister mit der Umsetzung. Es nützt auch nichts, auf den Finanzminister zu zeigen. Es war und ist Ihre Politik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den LINKEN)

Warum wollten Sie das tun, Herr Tillich? Weil es effizient sei, sagten Sie damals. Es war eine Fehleinschätzung historischen Ausmaßes für den Freistaat Sachsen. Die Folgen werden die Menschen noch in vielen Jahren auszubaden haben.

Es ist dieses irregeleitete Verständnis von Effizienz, das die sächsische Polizei an die Wand gefahren hat. Wir haben es nun auch amtlich, dass es wahrscheinlich bis 2026 dauern wird, bis die Schäden, die Sie dem Polizeipersonalkörper zugefügt haben, behoben sind. Also noch zehn Jahre wird es dauern. Wenn heute in Sachsen viele Beschäftigte der Polizei unter der Last der Überstunden gesundheitlich zusammenbrechen und manche nicht einmal ihren regulären Urlaub nehmen können, dann tragen Sie, Herr Tillich, ganz persönlich dafür die Verantwortung.

Überhaupt scheint die Sicherheitspolitik in Verantwortung der CDU von der Maxime geleitet zu sein: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß! Weniger Kontrollen, egal ob es nun um Raserei im Straßenverkehr oder Drogenhandel geht, bedeuten weniger registrierte Verstöße. Das schön als Nebeneffekt die Kriminalstatistik.

Es ist dieses irregeleitete Verständnis von Effizienz, das die ordentliche und fachgerechte Unterrichtsversorgung an sächsischen Schulen an die Wand gefahren hat. Trotz Seiteneinsteigern reicht es selbst beim Elementaren vorn und hinten nicht, und dafür tragen Sie, Herr Tillich, ganz persönlich die Verantwortung.

Ich zitiere: „Es ist so – da sind wir auch ganz ehrlich –, dass wir an mehreren Schulen noch Engpässe in der Unterrichtsversorgung haben. Das betrifft vor allen Dingen Förderschulen, an denen wir von vornherein Abstriche am Stundenplan machen müssen. Auch an einigen Ober- und Grundschulen, hier und da auch an den beruflichen Schulzentren ist der Stundenplan noch nicht vollständig gesichert.“

(Zuruf von der CDU)

Das sagte der Leiter der Bildungsagentur, Regionalstelle Bautzen, in einem Gespräch mit der „Sächsischen Zeitung“. Wohlgermerkt, vor Beginn des Schuljahres! Wie wird es dann wohl sein, wenn die erste Grippewelle über uns kommt? Machen Sie dann gleich die ganzen Schulen mangels Lehrerschaft flächendeckend dicht?

Ich habe nur dieses eine Beispiel aus Ihrer Heimatregion herausgegriffen, Herr Tillich. Aus anderen Regionen könnte Ähnliches berichtet werden.

Sie haben aus ganz Sachsen eine bildungspolitische Krisenregion gemacht. Sie gehen damit das Risiko ein, einer weiteren Generation von Menschen das Gefühl zu vermitteln, nicht gebraucht zu werden – und das ab einem Alter von sechs bis sieben Jahren. Schlimm ist das, ganz schlimm, Herr Ministerpräsident!

(Lachen des Abg. Martin Modschiedler, CDU)

1 200 Neueinstellungen wollte die Kultusministerin schaffen. Das hat trotz Seiteneinsteigern nicht ganz geklappt. Tatsächlich deckt diese Zahl nur die aktuellen Altersabgänge ab. Für die 10 000 Schülerinnen und Schüler mehr brauchten wir zusätzlich 400 weitere Lehrerinnen und Lehrer. Das heißt, Sie hätten eigentlich mindestens 1 600 Neueinstellungen vornehmen müssen. Warum sich also die Unterrichtsversorgung weiter zuspitzt, muss uns nicht wirklich überraschen. Von der Notwendigkeit der Inklusion habe ich dabei noch gar nicht gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalpolitik der Staatsregierung kann man mit Blick auf den Haushalt mit drei Worten zusammenfassen: hilflos, planlos, verantwortungslos.

Das Ergebnis sind Wachpolizei, Lehrkräfte ohne pädagogische Ausbildung und in der Justiz Rechtspfleger als Hilfsstaatsanwälte. Einerseits kämpfen Sie um den Meisterbrief, andererseits verbreiten Sie in Ihrem eigenen Verantwortungsbereich die Botschaft: Weniger Ausbildung ist mehr. Das passt nicht zusammen.

Doch nicht nur Schulwesen und Polizei sind Ihre Opfer, Herr Tillich; auch die Landesverwaltung kriecht mehr und mehr auf dem Zahnfleisch. Das hat Folgen. Ich erinnere an die erschreckende Zunahme tödlicher Arbeitsunfälle in Sachsen und den gleichzeitig seit Jahren anhaltenden Schrumpfungsprozess beim Personal, das für die Überwachung des Arbeitsschutzes eingesetzt wird. Schön. Staatssekretär Brangs hat das Problem erkannt; das allein aber reicht nicht.

Mir graut davor, was Ihnen nach Hilfspolizei, Hilfsstaatsanwälten und nicht ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen als Lehrkräfte für das nicht vorhandene und ausgebildete Fachpersonal im Bereich der sächsischen Landesverwaltung noch einfallen wird.

Damit sind wir beim Kern des Konfliktes 2016: Sachsen fehlt nicht das Geld, Sachsen gehen die qualifizierten Leute aus. Seit dem Jahr 2000 legt meine Fraktion alternative Haushaltsansätze vor. Unser Startmotto hieß „Bildung statt Beton“. Die betonköpfige, CDU-dominierte Staatsregierung machte es genau umgekehrt. Nun scheint dem Staat auch das Geld nicht mehr zu helfen. Was Sachsen braucht, ist ein Umdenken an den Schaltstellen: Statt der schönen Fassaden müssen die Bewohner des Hauses die größte Beachtung finden.

(Beifall bei den LINKEN)

Es fehlen Fachkräfte in allen Lebensbereichen, ob es nun im Pflegedienst, im Gesundheitswesen, in Schulen, Kitas, bei der Sozialarbeit, bei Polizei, Verwaltung und Justiz, in Handwerksbetrieben oder in der Gastronomie ist – überall fehlen sie. Das ist die Bankrotterklärung des sächsischen neoliberalen Sonderweges einer CDU, die von Kirche und christlichen Werten spricht, aber am Sonntag Verkäuferinnen zu Niedriglöhnen in den Geschäfte haben wollte. Diese Scheinheiligkeit muss scheitern.

Es fehlen auch deshalb überall Leute, weil Sie, nachdem Sie viele Menschen in die Flucht geschlagen haben, jetzt immer noch nicht willens sind, wenigstens dort, wo Sie unmittelbar Verantwortung tragen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Hier muss schnellstens umgesteuert werden.

Herr Tillich, Sie haben auch in Kauf genommen, dass ein Teil der Gesellschaft scheinbar für immer ausgeschlossen bleibt – Stichwort: Langzeitarbeitslose. Wir brauchen deshalb einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt, der diejenigen integriert, die bisher außen vor geblieben sind. Das betrifft Einheimische wie Geflüchtete in gleicher Weise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesen hausgemachten Strukturschäden, die den Menschen ganz realen Schaden zufügen, leistet sich die Staatsregierung den Luxus, nichts Substantielles bei den Herausforderungen zustande zu bringen, die gewissermaßen von außen auf uns zukommen – Stichwort: Integration. Es gab unter der Regierung Modrow in der Übergangszeit zu den ersten freien Wahlen in der DDR Minister ohne Geschäftsbereich. Seit 2014 haben wir nun in Sachsen eine Ministerin ohne Geschäftsgrundlage: die Integrationsministerin. Ich kann fast jedes Wort unterschreiben, das Frau Köpping zum Thema Integration sagt, nur hat sie tatsächlich nichts zu entscheiden. Deswegen lassen Sie sie auch reden. Sie kann die Regenbogenfahne zum Christopher-Street-Day nur in einem Hinterhof aufhängen, sie kann den Bürgerinnen und Bürgern freundliche Dinge zum Umgang mit Geflüchteten erzählen – aber die Rahmenbedingungen bestimmen der Innenminister, die Kultusministerin, die

Sozialministerin und der Finanzminister. Sie merken es bestimmt selbst: Sie sind alle von der sächsischen CDU, und die hat sich ja nun beim Thema Integration nicht als Aktivposten hervorgetan, sondern eher als Bremser.

(Beifall bei den LINKEN)

Unsere Forderung ist klar: Das Integrationsministerium muss zu einem vollen Ministerium ausgebaut, das heißt zu einem Querschnittministerium werden, sonst wird es mit der Integration am Verwaltungswirrwarr der Staatsregierung scheitern – von den anderen ebenfalls zuständigen Verwaltungen und Behörden gar nicht erst zu sprechen.

Stichwort Europa: Die Staatsregierung kämpft für den Gebrauch der deutschen Sprache auf EU-Ebene – wogegen ich nichts habe. Sprachliche und kulturelle Vielfalt ist ja nun gerade ein Markenzeichen der EU. Wo aber sind ihre ernst zu nehmenden Einflussnahmen auf große Themen wie Sicherheit, Asyl und Migration, europäische Grundwerte, soziale Dimension, Klimaschutz, Friedenspolitik und Bekämpfung von Fluchtursachen? Es herrscht weitgehend Schweigen. Sachsen spielt keine Rolle mehr. Das war unter Kurt Biedenkopf anders.

Schlimmer noch: Sie torpedieren globale Bemühungen um Klimaschutz und mehr Nachhaltigkeit beim Umgang mit der Erde im Interesse künftiger Generationen. Sie verweigern den Strukturwandel im Lausitzer Braunkohlenrevier, die gezielte staatliche Förderung, und reichen nur bestehende Finanzmittel für Bund und EU durch. Binnen zehn Jahren hat die CDU-geführte Staatsregierung 68 Millionen Euro dem Umweltschutz vorenthalten. Also erzählen Sie mir nichts mehr von konservativen Werten und Bewahren der Heimat. Dass für Braunkohlentagebaue kein Wasserentnahmeentgelt fällig wird, obwohl ganzen Landstrichen das Trinkwasser geraubt wird, ist ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, die sich für eine ökologisch intakte Heimat engagieren.

(Beifall bei den LINKEN)

Herr Tillich, Ihre Amtszeit als Bundesratspräsident neigt sich dem Ende zu – ohne dass Deutschland mitbekommen hätte, dass Sie dieses Amt ausüben. Nun könnte man sagen, das ist gerade typisch für Sie; schließlich merkt ja kaum jemand, dass Sie Ministerpräsident des Freistaates Sachsen sind.

(Beifall der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE)

Sie stellten Ihre Amtszeit unter das Motto „Brücken bauen“ – als erstes Zitat – „zwischen denen, die zu uns kommen, und denen, die hier leben“. Ich will nicht die dramatischen Debatten der letzten Monate aufwärmen, aber es wird wohl niemand ernsthaft bestreiten: Sachsen und Sie, Herr Tillich, wurden leider zum Begriff für das Gegenteil: für abgebrochene Brücken.

Sie wollten ebenso Brücken bauen zwischen Alten und Jungen – auch das ist gründlich misslungen; denn was zurzeit als verspätete sogenannte Ost-West-Renteneinheit von der Bundesregierung ins Gespräch gebracht wird,

spaltet die Generationen. Wer nach der Wende trotz Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlter Arbeit hier geblieben ist, wird im Alter zusätzlich bestraft; massenhafte zukünftige Altersarmut ist vorprogrammiert.

Schließlich wollten Sie ebenfalls Brücken nach Osteuropa bauen. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten auch da etwas Bemerkbares gegen den Abbruch der Brücken nach Russland getan, gegen die Sanktionen, die vielen Betrieben in Sachsen schaden.

(Zuruf des Abg. Jörg Urban, AfD)

Doch auch davon kann keine Rede sein. Ihre Brücken nach Osteuropa bestehen eher darin, Verständnis für die neue Regierung in Polen zu zeigen, die ein gestörtes Verhältnis zu den Grundrechten hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, es reicht eben nicht, in Zeiten wie diesen wie auf einer einsamen Insel an den Folgen eigener Bausünden von früher herumzubasteln und darauf zu hoffen, dass der liebe Gott weiter die Sonne scheinen lässt und genügend Regen schickt.

Wir müssen mit unserer sächsischen Landespolitik auf unserem Stück Erde Antworten geben und sinnvolle Lösungen aufzeigen – gegen die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die bei Weitem noch nicht vorbei ist; gegen die politische Krise der Europäischen Union, die gerade für Sachsen, ein Land im Herzen Europas, gefährlich ist; gegen die Unfähigkeit der EU, die humanitäre Krise der Geflüchteten gemeinsam zu lösen; gegen die zunehmende Militarisierung der Außenbeziehungen und die Terrorismusbedrohungsszenarien; gegen die überbordende nationalistische und rechte Bewegung, die das gemeinsame Haus Europa infrage stellt. Impulse aus Sachsen für Lösungsansätze kann ich nicht erkennen.

Europa ist in Unruhe wegen der drohenden undurchsichtigen Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die den globalen Turbokapitalismus weiter entfesseln sollen – auf Kosten unserer regionalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen. Was sagt Sachsens Staatskanzlei zu der vielfältigen Kritik? „Protektionismus“ und „Fixierung auf sozialistische Denkmodelle“. Mehr Arroganz und mehr Ignoranz gehen tatsächlich nicht.

Sachsen braucht – wie Europa – eine soziale Offensive, um die Existenzängste wachsender Teile der Bevölkerung an der Wurzel zu packen. Wir haben auch in Sachsen längst Armutsparallelgesellschaften, in denen die Perspektivlosigkeit an die Kinder vererbt wird. Die Chance zu einer Sozialinvestitionsoffensive angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage hat die Staatsregierung bisher leider vertan.

Dank sprudelnder Steuermehreinnahmen in Deutschland ist auch der sächsische Haushaltsrahmen weiter gespannt – also anders als Sie, Herr Unland, es noch vor Kurzem erwartet hatten. Wir werden Ihnen jedenfalls mit unseren alternativen Vorschlägen behilflich sein, Veränderungen vorzunehmen. Manchmal klappt das ja, zumindest ein bisschen. So haben Sie sich mit 15 Millionen Euro für die

Schulsozialarbeit durch unsere Forderungen schon einen Schritt in die richtige Richtung schieben lassen. Unser Ziel aber bleibt Schulsozialarbeit an allen Schulen, und das dauerhaft finanziert.

Es wird Ihnen nicht gelingen, die linke Opposition mit dem Irrgarten abzuschrecken, in den Sie den Sozialhaushalt verwandelt haben. Einige Titelgruppen wurden aufgelöst, andere neu verteilt bzw. neu zugeordnet. Haushaltstitel, die erst 2015 zusammengeschoben worden waren, wurden wieder auseinandergerissen. Wir haben unsere Zweifel daran, dass das Sozialministerium selbst da noch durchblickt. Aber diese Intransparenz ist typisch für die sächsische Unart des Regierens. Es ist ebenfalls typisch, dass diese Unart verschärft dort auftritt, wo es um das Soziale geht.

Angesichts der zurzeit günstigen Haushaltsrahmenbedingungen des Landes ist es umso unverständlicher, dass dem kommunalen Investitionselend nicht abgeholfen wird. Der Großteil der sächsischen Kommunen ist nicht in der Lage, die Abschreibungen zu erwirtschaften. Folge ist ein schleichender Verzehr der Substanz der kommunalen Infrastruktur. Die eingeführte – ungeliebte – Doppik bringt es an den Tag.

Und was machen Sie? Die Investitionen in Kitas werden auf null heruntergefahren. Haben wir plötzlich keine Kinder mehr? Brauchen wir keine neuen Einrichtungen? Wahrscheinlich kommen Sie mir jetzt wieder mit „kommunaler Verantwortung“. Gehen Sie mir weg!

Beim Sport werden die Investitionsmittel für Kommunen und Vereine gekürzt. Wo bleibt die Konsequenz auch Ihrer Bekenntnisse zur Bedeutung des Sports für Gesellschaft, Gesundheit und Integration?

Die Kultur lassen Sie am ausgestreckten Arm verhungern, nach dem Motto: „Na, ihr habt doch ein tolles Kulturraumgesetz!“ Da stört Sie auch nicht, dass Ihre drei Milliönchen Aufstockung, von denen gerade eben auch der Finanzminister ganz glorreich geredet hat, von allen hier in den Sächsischen Landtag eingeladenen Sachverständigen als unzureichend angesehen wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, finden Sie es nicht beschämend, dass sich fast alle Theater in Sachsen schon weit unter den Flächentarifvertrag begeben haben und eine Staatsregierung mit SPD-Beteiligung diesem Aushungern der Schauspielerinnen und Schauspieler weiter Vorschub leistet?

Es gibt in Sachsen mehr und mehr soziale Großbaustellen. In Stichworten: Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Dresden und Leipzig, Ausgrenzung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung aus der Arbeitswelt, Defizite bei der ärztlichen Versorgung in verschiedenen Regionen, Unterfinanzierung der Kinder- und Jugendhilfe.

Zu den Hilferufen aus dem Land gehört auch ein Schreiben der Krankenhausgesellschaft Sachsen. Darin ist zu lesen – Zitat –: „Bezogen auf den sächsischen Koalitionsvertrag empfinden wir vorliegenden Entwurf als Ausdruck

von Ignoranz und Missachtung tatsächlich bestehender Handlungsnotwendigkeiten und somit als Gefährdung bestehender Substanz und der Leistungsfähigkeit sächsischer Krankenhausversorgung.“

Ein gutes Zeugnis sieht anders aus, meine Damen und Herren von der Koalition.

Zum Rückgrat des Landes gehört auch der Öffentliche Personennahverkehr. Ich habe gerade erst wieder bei einer Sommertour vielerorts erfahren müssen, wie schlecht es um die Verkehrsanbindung vieler Menschen in Sachsen an die Zentren steht. Damit steht und fällt auch die Attraktivität ganzer Regionen. Aber der Mut zum Umsteuern in der Verkehrspolitik fehlt Ihnen. Selbst jeder Kilometer Radweg muss dieser Regierung abgetrotzt werden. Warum eigentlich, lieber Martin Dulig? Die FDP ist doch landespolitisch tot! Oder sitzt die noch in deinem Ministerium herum?

Was die Koalition mit ihrem Etatentwurf von den LINKEN und ihren alternativen Haushaltsansätzen unterscheidet? Bei Ihnen steht der Markt im Mittelpunkt, an den der Mensch irgendwie anzupassen ist. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt, dem der Markt zu dienen hat. Ich empfehle Ihnen, ein bisschen mehr von unserer Sicht zu übernehmen. Dann klappt es auch mit dem christlichen Abendland in Sachsen wieder besser.

(Heiterkeit und Beifall bei den LINKEN –
Patrick Schreiber, CDU: Da müssen
sogar Ihre eigenen Kollegen lachen!)

Herr Ministerpräsident, ich warte bis zum heutigen Tag auf Ihre angekündigte Demokratieoffensive. Für Kontakte zu Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen haben Sie in diesem Jahr 68 000 Euro vorgesehen. Im Bundestagswahljahr werden es 205 000 Euro sein, danach wieder nur 105 000 Euro. Nur, Herr Tillich, eine Demokratieoffensive ist mehr als die Wahlkampf vorbereitung der Staatsregierung. Die beste Demokratieoffensive wäre: Mehr direkte Demokratie! Mehr Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger!

Was wir heute hier parlamentarisch zu beraten beginnen, ist der wichtigste, weil weitreichendste Gesetzentwurf alle zwei Jahre. In unserer Landesverfassung steht: „Gesetzesvorlagen werden von der Staatsregierung, aus der Mitte des Landtages oder vom Volk durch Volksantrag eingebracht. Die Gesetze werden vom Landtag oder unmittelbar vom Volk durch Volksentscheid beschlossen.“

Es ist allerhöchste Zeit, Herr Kupfer, dafür zu sorgen, dass die sächsische Bevölkerung ihre verfassungsrechtlich gebotene Rolle als unser Mitgesetzgeber endlich wahrnehmen kann. Es ist schon bezeichnend für Ihr demokratisches Verständnis, wenn Sie uns in den letzten Jahren alle Personalkürzungen im öffentlichen Dienst mit der Anpassung an die geringer werdende Bevölkerung begründet haben. Nur an einer Stelle galt dieses Argument nicht: wenn es um die Absenkung der Quoren bei der Volksgesetzgebung ging. Da waren Sie taub. Wie verlogen Ihre Politik ist, zeigt sich genau an diesem Beispiel.

Also, Herr Kupfer, nachdem Sie nun durch starken Druck zu der Erkenntnis gelangt sind, dass Sie mit Ihren personalpolitischen Entscheidungen völlig falsch lagen, sollten Sie den Gesprächsfaden wieder aufnehmen, den der frühere Landtagspräsident Iltgen und Ihr Vorgänger Flath schon mit uns zu dem Thema Volksgesetzgebung hatten.

Wahrscheinlich ist es bei Staatsparteien so, dass sie sich einbilden, den Willen des gesamten Volkes zu repräsentieren, und dass Sie Angst vor Entscheidungen des Volkes haben.

(Zuruf von der CDU: Mit „Staatspartei“ kennt
ihr euch ja aus! – Gegenruf von den LINKEN)

Hätten die Sächsinen und Sachsen mitentscheiden können, hätten wir jetzt weder Lehrer- noch Polizeimangel, dafür aber eine Schule für alle bis Klasse 9, einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kitas und einen flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr.

Ich wünsche uns Haushaltsberatungen, in denen die Koalition die von ihr versprochene neue politische Kultur erstmals praktiziert und sich unseren Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen zeigt. Dass Links dennoch bereits wirkt, zeigt sich an den von Ihnen vorgenommenen Korrekturen am Haushalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Kupfer, bitte.

Frank Kupfer, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der „Rednerin“ der Oppositionsfraktion mache ich es den Stenografen wieder ein bisschen einfacher und rede Deutsch.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei den LINKEN –
Christian Piwarz, CDU: Das bezog sich auf
die schrecklich gegenderte Sprache vorhin!)

Demokratie ist schon eine feine Sache. Ich bin richtig froh, dass der Souverän, nämlich das Volk, in den Wahlen einer Partei oder, wenn es eine Koalition geben muss, zwei Parteien den Auftrag zum Regieren gibt – und damit auch die Verantwortung für Geld. Ich bin heilfroh, dass die Opposition diese Verantwortung nicht tragen muss.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Mario Pecher, SPD)

Meine Damen und Herren! Wir, die CDU-Fraktion, haben uns bereits im April dieses Jahres zusammengesetzt und Leitlinien für den Doppelhaushalt 2017/2018 beschlossen. Wir haben uns und den Mitgliedern der Staatsregierung, der B-Seite, damit ein Korsett vorgegeben. Einen Maßstab der Solidität, der Weitsicht und der flexiblen Handlungsfähigkeit haben wir uns damit selbst verordnet. Das ist einmal, die hohe Investitionsquote fortzuschreiben, zum nächsten, dass wir die 75 Millionen Euro Tilgung auch in den nächsten beiden Jahren vornehmen wollen. Wir wollen weiterhin keine Schulden machen, und es soll

keine weitere Entnahme aus der Haushaltsausgleichsrücklage geben.

Das ist, meine Damen und Herren, unser Ansatz für die Beratung des Doppelhaushalt 2017/2018. Wir können uns nur das leisten, wir können nur das ausgeben, was wir selbst an finanziellen Mitteln erwirtschaften können und was vorhanden ist. Das gilt im Übrigen nicht nur für uns im Freistaat Sachsen, sondern das sollte auch für den Bund gelten, und das sollte auch für die kommunale Ebene Gültigkeit haben.

Der heute dem Sächsischen Landtag vorgelegte Haushaltsentwurf mit 37,1 Milliarden Euro – das ist schon gesagt worden – hat das größte Volumen, das es jemals in der Geschichte nicht nur des Freistaates, sondern Sachsens allgemein gab und ist eine gute Arbeitsgrundlage. Ich bedanke mich bei der Staatsregierung dafür im Namen der Fraktionen sehr herzlich.

(Starker Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich möchte auf einige Kerndaten eingehen.

Die Investitionsquote. Schaut man rein auf die Prozentzahl, dann wird die Investitionsquote 2017 15,7 % und 2018 15,6 % betragen. Das ist damit immer noch die höchste Investitionsquote in Deutschland. Wenn man es rein vom Betrag her sieht, haben wir keine Absenkung, sondern der Betrag von rund 2,9 Milliarden Euro ist fortgeschrieben. Auch in der Mittelfristigen Finanzplanung, die das Kabinett am Dienstag vorgelegt hat, hat die Staatsregierung diese 2,9 Milliarden Euro als Investitionsquote angesetzt. Es gibt also keine Absenkung, wie das die Investitionsquote suggeriert, sondern eine Verstärkung. Allein durch das Wachsen des Budgets ist es prozentual ein geringerer Anteil. Aber die Summe bleibt. Sachsen braucht deswegen in diesem Zusammenhang keine Vergleiche zu anderen Bundesländern zu scheuen.

Tobias Hentze, ein Experte für öffentliche Finanzen vom Institut für Deutsche Wirtschaft, hat im Juni dem Freistaat Sachsen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Im Jahr 2015 lagen wir mit 16,5 % Investitionsquote auf dem ersten Platz, noch vor Bayern und Baden-Württemberg.

Nach wie vor sind Investitionen in die Infrastruktur die wichtigste Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen. Diese Unternehmen schaffen bzw. erhalten Arbeitsplätze, und das nicht nur kurz-, sondern mittel- und langfristig.

Fakt ist, meine Damen und Herren, ohne wirtschaftlichen Erfolg gibt es auch keine Steuereinnahmen. Ohne diese Steuereinnahmen können wir nicht solche Sachen wie Bildung, Sicherheit, soziale Strukturen im Freistaat Sachsen finanzieren. Das ist eine einfache Wahrheit. Um das zu wissen, muss man keinen Masterabschluss in Wirtschaftswissenschaft haben.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich, meine Damen und Herren: Ich gönne es jedem Unternehmer, Geld zu verdienen. Der Unternehmer soll auch viel Geld verdienen, denn nur ein Unternehmer, der Geld verdient, kann

Steuern zahlen. Nur mit Steuern können wir hier Politik machen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Tobias Hentze würdigt auch die hohe Flexibilität des Einsatzes sogenannter freier finanzieller Mittel in Sachsen. Der größte Teil der Haushalte ist in sonstigen Personalkosten und gesetzlich festgeschriebenen Sozialausgaben gebunden. Ich darf ihn zitieren: „Länder wie Sachsen nutzen diesen Handlungsspielraum in Richtung Investition mehr als andere Bundesländer. Ob die Steuereinnahmen in drei, vier Jahren noch so stark fließen wie heute, wissen wir nicht. Deshalb sollte man heute die Möglichkeiten, die man hat, umso mehr nutzen. Investitionen fallen erfahrungsgemäß als Erstes weg, wenn es mit den Steuereinnahmen nicht mehr so läuft wie bisher.“ Das ist ein Lob für den Freistaat Sachsen. Auf diesem Lob werden wir uns nicht ausruhen, sondern in diesem Sinne weiter Politik machen.

Unsere Politik ist und bleibt auf der Basis der geordneten Staatsfinanzen entscheidungs- und handlungsfähig. Das zeigt sich auch darin, dass wir gemeinsam – Fraktion, Staatsregierung und kommunale Ebene – das Programm „Brücken in die Zukunft“ stricken konnten. Sie wissen es: Es geht um 800 Millionen Euro – ein Teil Bundesgeld, ein Teil Freistaatgeld und ein Teil Geld der kommunalen Ebene. Uns war es nicht genug, das Bundesgeld in einer Größenordnung von 159 Millionen Euro einfach durchzureichen. Wir wollten dieses Geld veredeln und damit den Kommunen die Möglichkeit geben zu investieren, ihre Investitionen anzukurbeln. Es gibt die Möglichkeit, dass das Geld aus diesem Programm teilweise zur Kofinanzierung genutzt werden kann. Das heißt, man kann dieses Geld als Eigenmittel nutzen. Das hilft insbesondere finanzschwachen Kommunen. Was die Kommunen damit machen, ist ihnen selbst überlassen. Es ist mir wichtig, dass wir im Landtag oder in der Staatsregierung nicht einfach entscheiden, dass jetzt eine Straße saniert oder ein Kindergarten gebaut werden soll. Vielmehr können es die Kommunen vor Ort selbst entscheiden.

Meine Damen und Herren! Ich lege allerdings besonderen Wert auf die Feststellung, dass die Fachförderprogramme des Landes davon unberührt bleiben. Damit meine ich auch das Mittelvolumen. Das Kommunalinvestitionsprogramm ist – so hat es die Fraktion immer verstanden – eine Verstärkung der kommunalen Finanzkraft.

Ziel der Initiative war es, wie ich bereits sagte, die Mittel des Bundes durch Landesmittel und kommunale Mittel aufzustocken. Jetzt läuft das Verfahren. Ich gehe natürlich davon aus und hoffe, dass die Mittel in einem vereinfachten Verfahren ausgereicht werden und den Kommunen unnötige Bürokratie erspart bleibt. Das, meine Damen und Herren, ist nachhaltiges und generationengerechtes Handeln mit Blick in die Zukunft.

Neben dem Haushaltsgesetz und dem Haushaltsbegleitgesetz haben wir heute auch das FAG zugeleitet bekommen. Dazu gab es im Vorfeld intensive Gespräche. Der Herr

Finanzminister hat dazu ausgeführt. Für uns als CDU-Fraktion ist wichtig, dass eine gerechte Verteilung der Mittel zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum stattfindet. Das passiert durch die von ihm erwähnten und angedachten Umschichtungen.

Wichtig ist ebenso eine bedarfsgerechte Dotierung von Investitionsmitteln. Letzteres erfolgt vor allem über das Programm „Brücken in die Zukunft“. Daneben gibt es eine Verschiebung im Gleichmäßigkeitsgrundsatz II innerhalb der kommunalen Ebene. Diese wesentlichen Punkte wurden bereits im Vorfeld zwischen der Staatsregierung und der kommunalen Ebene vereinbart. Wir werden das – so hoffe ich zumindest – als Gesetzgeber durchtragen.

Für die Kommunen ist eine Vielzahl von Regelungen relevant. So wird das Flüchtlingsaufnahmegesetz geändert. Die Kommunen erhalten künftig je Flüchtling eine höhere Pauschale.

Mehr als ein Drittel des Staatshaushaltes wird pro Jahr den Kommunen zugewiesen. Diese sind insgesamt gut mit allgemeinen Deckungsmitteln ausgestattet. So stehen den Kommunen planmäßig in diesem Jahr 2016 5,3 Milliarden Euro allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung. 2018 sollen es schon 6,1 Milliarden Euro sein, also etwa 10 % mehr an Mitteln im Vergleich zu 2016. Das ist eine gute Entwicklung. Das ist eine Entwicklung, die mich persönlich freut.

Meine Damen und Herren! Die Koalition von SPD und CDU hat sich in Verantwortung für die weitere Entwicklung unseres Freistaates klare politische Ziele gesetzt. Sie wurden im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Diese Ziele sind sehr anspruchsvoll. Das ist normal, denn es geht um die Zukunft Sachsens. Wir haben die Finanzierung im Koalitionsvertrag verankert. Bei den prioritären Maßnahmen sind diese unstrittig. Alle anderen Maßnahmen stehen unter dem Finanzierungsvorbehalt. Wir sehen aber schon jetzt, dass wir auch da, zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit, weit über der Pflicht sind. Wir sind weit im Bereich der Kür.

Heute haben wir einen Doppelhaushalt vorliegen, der aus Sicht der CDU-Fraktion ein wichtiger Meilenstein zur Erfüllung des Koalitionsvertrages bis zum Ende der Legislaturperiode ist. Auch das versteht die CDU unter solider Finanzpolitik. Verlässlichkeit. Wir sind verlässlich. Die CDU-Fraktion ist verlässlich, und darauf können sich auch die Bürger in unserem Lande verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir machen keine Politik mit der Glaskugel, nein, wir nehmen den Taschenrechner.

(Cornelia Falken, DIE LINKE:
Der geht nicht mehr richtig!)

Klare Zahlen, harte Fakten. Das sind die Grundlagen für Entscheidungen. Das ist konservativ, und das ist gut.

(Beifall bei der CDU –

Zuruf des Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

Noch vor der Sommerpause hat die Staatsregierung den Abschlussbericht der Kommission zur umfassenden Evaluierung der Aufgaben Personal- und Sachausstattung, kurz: der Personalkommission, vorgelegt. Der Bericht zeigt die Handlungsperspektive oder Handlungsoptionen bis zum Jahr 2030. Hier gilt es genauestens zu prüfen, was die Personalkommission vorgelegt hat.

Wir haben eine demografische Entwicklung. Wir haben im Augenblick wieder einen Geburtenanstieg. Aber uns fehlen irgendwo die Mütter von vor 10 bis 20 Jahren, die zu einem stetigen Steigen dieser Kurve beitragen könnten. Wir haben bei diesen Betrachtungen auch die künftige Entwicklung zu berücksichtigen. Wir dürfen nicht einfach davon ausgehen, dass die Bevölkerungszahl steigt und steigt und steigt und steigt. Es wird irgendwann mal wieder eine Delle geben, deswegen gilt es auch kluge Entscheidungen zu treffen. Das sollten wir auch zeitlich angemessen machen und auf keinen Fall als einen Schnellschuss.

Meine Damen und Herren! Es ist auch schon vom Finanzminister gesagt worden, dass ein Schwerpunkt die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist. Die Ausgaben: rund 780 Millionen Euro in 2017 und rund 650 Millionen Euro in 2018. Das ist eine ganze Menge Geld. Es ist nicht selbstverständlich, dass dieses Geld zur Verfügung steht, ohne dass wir neue Schulden aufnehmen und dass dieses Geld zur Verfügung steht, ohne dass wir bei anderen Maßnahmen Abstriche machen. Wir können dieses Geld nur ausgeben, weil wir eben mehr Steuereinnahmen haben.

(Jörg Urban, AfD: Wir haben zu
wenige Polizisten und zu wenige Lehrer!)

Wir als Fraktion möchten, dass dieses Geld auch sinnvoll eingesetzt wird, und zwar so eingesetzt, dass diejenigen, die davon profitieren, auch bald in der Lage sind, hier in Sachsen mitzuarbeiten und hier ihren Anteil an der Mehrung des Wohlstandes in unserem Freistaat beizutragen.

Ich danke an dieser Stelle allen Steuerzahlern, die es uns ermöglichen, über diesen Doppelhaushalt zu reden. Ich danke den Unternehmen, die diese Arbeit und dieses Steueraufkommen erst ermöglicht haben. Und ich erwarte, meine Damen und Herren, Respekt und auch Dankbarkeit von denen, die von diesen Ausgaben profitieren, ohne selbst einen Beitrag geleistet zu haben.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Leistung zu erhalten ist keine Selbstverständlichkeit, auch wenn das so mancher glauben machen möchte.

(Beifall bei der CDU)

Ich wünsche der Beratung guten Erfolg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und vereinzelt bei der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Panter.

Dirk Panter, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Doppelhaushalt 2017/2018. Wir befinden uns in der Mitte der Legislaturperiode. Wir haben einen Haushalt bereits beschlossen, den Haushalt 2015/2016, und beraten in den nächsten Monaten den für 2017/2018; einen Haushalt haben wir noch vor uns, den Haushalt 2019/2020. Wir sind also in der Mitte des Weges. Wir haben vieles schon geschafft, aber einiges auch noch vor uns. In der Mitte des Weges sind wir mit vielem zufrieden, mit manchem aber auch nicht. Wir haben es geschafft, beim Thema Personal das Ruder herumzureißen. Der Stellenabbau in Sachsen ist Geschichte. Es ist wichtig, dass ein handlungsfähiger Staat über qualifiziertes und motiviertes Personal verfügt.

(Beifall bei der SPD)

Das macht uns zufrieden.

Gleichzeitig sehen wir aber auch, wie schwer es ist, die Fehler des Kürzungsdiktats, das bis 2014 vorgeherrscht hat, zu korrigieren – sei es bei den Polizisten, in der Schule oder bei der Landesverwaltung. Die dort gerissenen Lücken sind schwer zu schließen. Das macht uns unzufrieden.

Wir haben es geschafft, unsere sächsischen Kommunen finanziell zu stabilisieren. Wir haben einen Schutzschirm im Rahmen der Schuldenbremse gespannt. Wir haben die Zuweisungen zum kommunalen Finanzausgleich erhöht, haben ein Investitionsprogramm „Brücken in die Zukunft“ aufgelegt und nicht zuletzt eine bessere Unterstützung für den Bereich Asyl und Integration auf den Weg gebracht. Das macht uns zufrieden.

Gleichzeitig haben wir nach wie vor große Aufgaben in den Kommunen zu bewältigen – sei es bei Schulhausbau, bei den Sportstätten oder auch im öffentlichen Personennahverkehr. Die Fachförderprogramme decken das noch nicht komplett ab, sie stagnieren oder gehen teilweise zurück. Das macht uns unzufrieden. Ich habe aber gerade vom Kollegen Kupfer vernommen, dass wir da noch einmal heranwollen, und das werden wir tun.

Wir haben es geschafft, der Politik im Freistaat Sachsen einen neuen Schwerpunkt zu geben. Sachsen wird wieder ein handlungsfähiger, ein sozialer und ein gerechterer Staat, ein Staat, der sich um die Menschen kümmert, die hier leben. Wir senken schrittweise den Betreuungsschlüssel in den Kitas, wir stellen zusätzlich tausende Lehrkräfte ein, bringen erstmals ein Schulsozialprogramm mit Landesmitteln auf den Weg, investieren in Maßnahmen für die Förderung von Arbeit genauso wie in Integration von Asylsuchenden. Sachsen wird ein sozialeres und gerechteres Land, und das macht uns zufrieden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig sehen wir auch, dass noch viel getan werden muss, dass unsere Kita-Erzieherinnen noch mehr Unterstützung brauchen, dass wir bei der Prävention von Unterrichtsausfall noch mehr tun müssen sowie gegen den Lehrermangel im Freistaat.

Wir vermissen noch immer das Maßnahmenpaket, das diesen Lehrermangel langfristig lösen wird. Ich muss sagen, das macht uns unglaublich unzufrieden. Aus unserer Sicht muss der Haushalt hier sehr deutlich korrigiert werden. Wir müssen das Schulsystem langfristig und nachhaltig aufstellen, damit die Fehler der Vergangenheit tief greifend und nachhaltig aufgearbeitet und nicht nur kosmetisch überdeckt werden.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei den LINKEN)

Wir stehen hier gemeinsam mit unserem Koalitionspartner vor der Aufgabe, dabei verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen: verloren gegangenes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates vor allem bei den Eltern, bei Lehrkräften und auch bei Schülerinnen und Schülern. Unsere Geduld wird da leider Gottes auf eine sehr harte Probe gestellt.

Meine Damen und Herren! Zufriedenheit und Unzufriedenheit liegen nah beieinander. Ich bin nicht der Meinung, dass Zufriedenheit das Privileg der Koalition ist und Unzufriedenheit die Hymne der Opposition sein sollte. Wer ehrlich Politik macht, wer sachorientiert arbeitet, der wird immer beides sehen, der wird die positiven Entwicklungen einerseits loben, gleichzeitig aber immer die Dinge, die uns noch nicht zufrieden machen können, ansprechen.

In meiner Rede zum letzten Doppelhaushalt habe ich gesagt, Unzufriedenheit allein wird nicht reichen, es müssen auch Alternativen vorgelegt werden. Wir Sozialdemokraten erfüllen diesen Anspruch mit unserem Koalitionspartner gemeinsam immer wieder mit Leben. Wir waren mit manchen Punkten im letzten Doppelhaushalt nicht zufrieden, haben das gemeinsam mit dem Koalitionspartner diskutiert und Änderungen an diesem Doppelhaushalt vorgenommen.

Das haben wir aber nicht nur beim Haushalt gemacht. Auch in den letzten zwei Jahren ist es oft vorgekommen, dass Gesetze, die eingebracht wurden, noch einmal substanziell verändert und dann durch diesen Landtag beschlossen wurden. Genannt seien zum Beispiel die Bauordnung oder das Personalvertretungsrecht. Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist. Dieses „Strucksche Gesetz“ haben wir mit Leben gefüllt.

Wir werden das auch in Zukunft genauso handhaben, sei es zum Beispiel beim Schulgesetz oder auch bei diesem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt. Das ist aus unserer Sicht sachliche und vernünftige Parlamentspolitik in Regierungsverantwortung, so wie wir sie uns als Sozialdemokraten vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um die Unzufriedenheiten, die es immer noch gibt, mit dem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt auszuräumen, braucht es aber nicht nur Veränderungswillen, sondern es braucht auch Finanzspielräume; das habe ich bereits vor zwei Jahren gesagt. Solide Finanzpolitik muss ein Schwerpunkt sächsischer Politik bleiben. Solide heißt für uns rational, sachlich, den Tatsachen entsprechend und nichts beschönigend, denn es ist klar: Ein Land darf nicht über seine Verhältnisse leben. Wer über seine Verhältnisse lebt, schadet der Zukunftsfähigkeit immens. Ein Land darf aber auch nicht dauerhaft einer falschen Wirklichkeit hinterherrennen; denn unter seinen Verhältnissen zu leben schadet mindestens genauso.

(Beifall bei der SPD)

Als Gesetzgeber haben wir die Pflicht, den Entwurf ganz genau zu prüfen und für Haushaltsklarheit und -wahrheit zu sorgen.

Nun möchte ich mich ganz kurz mit den Zahlen beschäftigen. Die Ausgangsbasis des Haushaltsentwurfes sind die Istzahlen des Jahres 2015. Es liegen leider noch keine abschließenden Zahlen vor, aber mit den vorläufigen Zahlen zum 21.12., die uns das Finanzministerium zur Verfügung gestellt hat, rechnen wir im Haushaltsentwurf mit bereinigten Einnahmen von circa 17,5 Milliarden Euro. Sie wachsen dann im Haushaltsdoppelentwurf auf 17,9 Milliarden in 2017 und auf 18,5 Milliarden in 2018. Das sieht erst einmal wie ein satter Anstieg aus: von 17,5 auf 17,9 und auf 18,5.

Aber die gute Nachricht kommt erst noch, wenn auch von anderer Stelle. In Sachsen ist es üblich, dass die Haushaltsrechnung immer erst nach Abschluss eines Haushalts kommt. Zum Glück liefert das Finanzministerium dem Statistischen Bundesamt die Zahlen schon früher, und Ende Juli – am 19. Juli genau – ist die Kassenstatistik der Länder durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht worden. Darin wird deutlich, dass sich die bereinigten Einnahmen für das Jahr 2015 nicht auf 17,5, sondern auf fast 18,1 Milliarden Euro belaufen. Wir befinden uns also schon mit den bereinigten Einnahmen des Jahres 2015 auf dem Niveau, das in diesem Haushaltsentwurf für 2017 angenommen wurde.

Für 2016 sehen die Prognosen ähnlich gut aus. Wenn wir das Bundesfinanzministerium und die Monatsberichte bemühen, die zum Steueraufkommen veröffentlicht werden, sehen wir, dass die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2016 um knapp 8 % höher lagen als im ersten Halbjahr 2015, also auch deutlich höher als prognostiziert.

Ein Haushalt besteht aber nicht nur aus Einnahmen, sondern auch aus Ausgaben. Dabei ist in meinen Augen der Finanzierungssaldo die wichtigste Aussagegröße, das heißt, die Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben. Dabei können wir uns mit der Kassenstatistik der Länder behelfen, um zu Zahlen zu

kommen. Wir haben für 2015 eine Entnahme aus der Haushaltsausgleichsrücklage in Sachsen geplant. Die Realität sieht besser aus: Laut Kassenstatistik der Länder hat Sachsen im Jahr 2015 einen positiven Finanzierungssaldo von mehr als einer Milliarde Euro erzielt. Das bedeutet, der Freistaat Sachsen hat im Jahr 2015 über eine Milliarde Euro mehr eingenommen als ausgegeben.

Wir haben in Sachsen wieder einmal gigantische Überschüsse erwirtschaftet. Das war im Jahr 2014 ebenso wie auch in den Jahren 2011, 2012 und 2013, und ich muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass es 2016 aller Voraussicht nach genauso sein wird; denn wir erwirtschaften solche Überschüsse schon seit Jahren. In den letzten zehn Jahren hat Sachsen mehr als 10 Milliarden Euro Überschüsse erwirtschaftet. Trotzdem hat die Vorgängerregierung an allen Ecken gekürzt, gespart, Stellen gestrichen und Strukturen zerstört. Aber, meine Damen und Herren, der sächsische Haushalt ist fertig konsolidiert. Ich bin sehr froh, dass die Mär vom Konsolidierungsdruck endlich ein Ende gefunden hat; denn durch das Kürzungsdiktat, das bis 2014 vorherrschte, ging allzu oft der Blick für das Wesentliche verloren. Diesen Blick haben wir als Koalition nun wiedergefunden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Schritte hin zu einem zukunftsfähigen Freistaat haben wir schon im Doppelhaushalt 2015/2016 gemacht. Das Umsteuern ist nicht leicht, aber wir nehmen dabei mit unserem Koalitionspartner gemeinsam immer mehr Fahrt auf; denn wir können als Sozialdemokraten mit Fug und Recht behaupten, dass wir auch gern weiterhin als Lotse fungieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Freistaat hat in meinen Augen so unglaublich viel Potenzial: Wir haben eine sehr gute wirtschaftliche Situation. Die Steuereinnahmen sprudeln. Immer mehr Menschen kommen zu uns. Sachsen gründen Familien. Ich bin der Meinung, ein Haushalt muss das abbilden, und wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Sachsen kann mehr. Die Realität ist: Unsere Finanzsituation ist sehr solide. Wir haben konsolidiert. Wir haben aber auch einen enorm niedrigen Schuldenstand, der uns Möglichkeiten gibt. Diese soliden Finanzen schaffen Spielräume, und diese müssen wir nutzen; denn das war auch in der Vergangenheit immer das Kredo: heute sparen, um in der Zukunft Gestaltungsspielräume zu haben. Diese Zukunft muss nur irgendwann beginnen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deshalb nicht nur für die nächsten zwei Jahre Politik machen, auch nicht bis zum Ende der Legislatur, sondern langfristig. Vorhin hat bereits die Zahl 2030 im Raum gestanden. Genau darum geht es: nicht nur die nächsten zwei oder vier Jahre in den Blick zu nehmen, sondern die nächsten zehn bis 15 Jahre, damit unser Ziel – Sachsen als weltoffener Lebensort, als zukunftsfähiges Bildungsland und attraktiver Wirtschaftsstandort – Realität werden

kann. Deshalb müssen wir mit den Besten konkurrieren und die Vorteile, die wir haben, nutzen. Dass es machbar ist, ein Land langfristig zu entwickeln durch kluge Investitionen und kluge Politik, zeigen Beispiele wie Bayern oder Niedersachsen. Einerseits sparsam haushalten und trotzdem in Größenordnungen zu investieren – das geht bei uns. Wir müssen es nur wollen.

(Beifall bei der SPD)

Für eine solche langfristige Ausrichtung ist dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ein wichtiger Schritt. Der Entwurf sieht vor, dass wir gemeinsam mit diesem Hohen Haus und speziell mit unserem Koalitionspartner intensiv daran arbeiten werden, sachorientiert, ohne ideologische Scheuklappen, und immer im Blick haben, was das Beste für die Zukunft Sachsens ist – denn Sachsen kann mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und
des Staatsministers Martin Dulig)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die AfD-Fraktion, bitte; Frau Dr. Petry.

Dr. Frauke Petry, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Staatsregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Haushaltsdebatte, bei der unser Finanzminister Herr Unland mit sonorer Stimme und in der von ihm gewohnten Ruhe rhetorisch gut, aber inhaltlich relativ dürrt ein Doppelhaushalt vorgetragen hat – das ist die Bilanz dieser Debatte, und sie ist nicht gut für Sie, Herr Unland. Sie ist deshalb nicht gut, weil eigentlich das, was Sie präsentiert haben, die Zahlen, die Sie versuchen, gut formuliert schönzureden, eine Beleidigung Ihrer Intelligenz als Professor ist.

Dieser Doppelhaushalt, meine Damen und Herren – in der Tat zu Zeiten steigender Steuereinnahmen –, ist deshalb gerade nicht zukunftssträchtig, weil er nichts daraus macht. Er nutzt diese Steuereinnahmen nicht, um für Zeiten vorzusorgen, in denen sie weniger sprudeln werden, und er tut auch viel zu wenig dafür, in die wirklich wichtigen Bereiche von Bildung und innerer Sicherheit zu investieren.

Das alles wissen Sie, und Sie nehmen, wie bereits bemerkt, kosmetische Korrekturen vor, die aber an den tatsächlichen Defiziten in diesen Bereichen nichts ändern können. Und noch eines, Herr Unland – ich glaube, das wissen Sie selbst sehr genau –: Noch immer ist der Freistaat selbst in Zeiten steigender Steuereinnahmen massiv von Fremdzuführungen abhängig. Von den 18,4 Milliarden Euro Haushaltseinnahmen im Jahr 2017 und 18,7 Milliarden im Jahr 2018 sind nach wie vor 5,5 bzw. 5,4 Milliarden Fremdzuführungen aus dem Länderfinanzausgleich oder aus EU-Strukturmitteln, von denen wir alle wissen, dass sie nicht steigen, sondern eher sinken werden – ob das die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen oder eben auch die EU-Strukturmittel betrifft.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Das hat er doch gesagt!)

Denn Sachsen mit seinen Regionen Leipzig, Dresden und Chemnitz wird zukünftig absehbar weniger Förderung erhalten, und das nicht nur vor dem Hintergrund des Brexits, sondern insgesamt, weil in der EU perspektivisch nicht mehr, sondern weniger Geld zu verteilen sein wird.

Dass das alles für Sie als Argument gilt und Sie trotzdem so tun, als sei dieser Doppelhaushalt zukunftsweisend, erstaunt mich schon sehr. Ich frage mich auch, warum dieses Hohe Haus, besonders der Experte fürs Abendland, darauf nicht einmal mit Zahlen reagiert hat.

In diesem Haushalt ist keine Perspektive sichtbar, wie Sachsen in Zukunft durch schwierige Zeiten geleitet werden soll. Wir werden sehen, ob in den Jahren mit geringeren Steuereinnahmen strukturelle Kürzungen vorgenommen werden müssen, die Sie jetzt noch verschweigen.

Hinzu kommt, wenn wir auf die primären Haushaltszahlen schauen, dass die Ausgaben – selbst bei gestiegenen Einnahmen – die Einnahmen überschreiten, und zwar im Jahr 2017 um 462 Millionen Euro und im Jahr 2018 um 162 Millionen Euro. Dass Sie das durch vorweggenommene Rücklagen und Haushaltsstärkungsmittel kaschieren können, sei Ihnen professionell zugestanden. Tatsächlich zeigt das aber, dass dieser Haushalt eben noch nicht strukturell ausgeglichen ist. Dass Sie, wie in den vergangenen Monaten, immer so tun, als sei die geopolitische Lage, die Weltentwicklung bei Flüchtlingen, Migration und anderem, wie aus heiterem Himmel über uns gekommen und nicht letztendlich Konsequenz einer seit Jahren oder gar Jahrzehnten verfehlten deutschen und europäischen Migrations-, Sicherheits- und Asylpolitik ist, das schlägt dem Fass dann aber doch den Boden aus.

(Beifall bei der AfD)

Eines ist klar: Die Welt bewegt sich, und Migrationsbewegungen hat es auf dieser Welt schon immer gegeben. Es ist allein der Weitblick von Politikern, die ihr Land darauf vorbereiten. Anscheinend ist dieser Weitblick oder diese Handlungsfähigkeit anderer europäischer Regierungen in der EU diesbezüglich wesentlich ausgeprägter, denn offensichtlich haben die polnische oder die ungarische Regierung derartige überraschende Haushaltsbelastungen wie Deutschland nicht zu verzeichnen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CDU)

Auch die von Ihnen so gelobten 75 Millionen Euro Tilgung pro Jahr bei immer noch zweistelligen Milliarden-Staatsschulden des Freistaates, also 150 Millionen Euro Schuldentilgung in den nächsten zwei Jahren, muten dabei sehr sparsam und sehr homöopathisch an. Sie gehen nicht so weit, Herr Unland – das sei Ihnen zugestanden –, dass Sie den Bundesfinanzminister wiederholen, der sagte, die gesunkenen Staatsschulden seien letztendlich ein Profit aus den niedrigen Zinsen. Das war von Herrn Schäuble wieder einmal ein Schlag ins Gesicht

der Steuerzahler und Sparer. Das betrifft letztlich aber auch Sachsen, denn Sachsen gehört auch zu Deutschland.

Auch hier leiden die Sparer, die Steuerzahler und diejenigen, die Lebensversicherungen haben, darunter, dass wir eine katastrophale und teilweise besorgniserregende Zinspolitik auf europäischer Ebene haben; denn nicht nur in Griechenland, sondern auch in Italien ist damit zu rechnen, dass die Staatshaushalte zusammenbrechen. Dass unter diesen Umständen Sachsen zusammen mit anderen Bundesländern im Bund und auch Europa in der EZB nicht stärker darauf drängen, diese Art von Finanzpolitik, von katastrophaler vermögensvernichtender Geldpolitik, zu beenden, ist auch ein Ergebnis dieser Debatte. Darüber wird aber nicht geredet, sondern diese Entwicklung wird weiter fortgesetzt.

(Beifall bei der AfD –

Zuruf des Abg. Peter Wilhelm Patt, CDU)

Wir sehen zugegebenermaßen, dass die Staatsregierung versucht, in den durch sie seit Jahren geschrumpften Bereichen Bildung und Innere Sicherheit etwas wieder gutzumachen. Sie haben das bereits im März 2016 eingeleitet, als Sie verkündet haben, den Personalabbau bei der Polizei und der Justiz zu stoppen. Wir sind der Meinung: Das ist viel zu spät, nicht ausreichend, und das Verfahren ist zudem noch rechtswidrig, weil wir keinen Nachtragshaushalt im Parlament diskutieren konnten. Trotzdem ist es wichtig, dass dieser Paradigmenwechsel eingeleitet wurde.

Schauen wir uns einmal genau an – es wurde teilweise schon erwähnt –, was bei der Polizei passiert. Die Personalaufstockung oder das Ende des Polizeiabbaus bei der Polizei geschieht viel zu langsam. Es rächt sich nun, dass die Bildungsinstitute für die Polizeianwärter, die Polizeischulen, in der Vergangenheit geschrumpft wurden. Deswegen kann der Personalaufbau, den wir so dringend brauchen, um nicht nur die Terrorgefahr zu bekämpfen, sondern auch um die breite Aufgabe der Polizei – Prävention, Sicherung der öffentlichen Plätze und Straßen, der Wohngebiete und vieles andere mehr – zu gewährleisten, vermutlich erst im Jahr 2026 abgeschlossen werden.

Wir alle wissen, dass die Kommission zum Stopp des Personalabbaus festgestellt hat, dass dieser Personalaufbau bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollte. Bereits jetzt sehen wir, dass wir einen Verzug von mindestens sechs Jahren haben werden. Welche Kosten dieser zeitliche Verzug an anderer Stelle haben wird – durch eine nicht erfolgte Aufklärung, durch eine nicht erfolgte Prävention, durch eine möglicherweise weitere Zunahme an Diebstählen im Freistaat Sachsen –, werden wir in den Folgejahren zu diskutieren haben.

Hierzu sind unsere Forderungen ganz klar: Es muss sehr viel schneller mehr Personal eingestellt werden, und die Regierung hat dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Schauen wir einmal in den Bereich Justiz: Unabhängig von der Frage, dass die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung seit Jahren Auswirkungen auch auf den Justizapparat hat, führt das Grundrecht auf Asyl vor allem zu einer vermehrten Klagewelle. Wir wissen, dass 80 % der abgelehnten Asylbewerber gegen ihre Ablehnungsbescheide vor Gericht ziehen und der Staat und der Steuerzahler diese Kosten zu tragen haben. Auch in allen anderen Bereichen der Justiz haben wir längst mehr Bedarf für Fachpersonal.

Wir sehen, dass der Krankenstand seit Jahren auf dem Höchststand verweilt, auch wenn es im vergangenen Jahr einen leichten Rückgang gegeben hat. Deswegen werden wir auch hier eine schnellere Kompensation in diesen Bereichen brauchen. Der zu erwartende Altersabgang – auch ohne demografischen Wandel – geht aufgrund der Tatsache, dass es zur Wendezeit viele Neueinstellungen gab und diese Personen nur nach und nach in den Ruhestand gehen, viel zu langsam vonstatten. Wir haben das bereits 2014/2015 gefordert. Im letzten Doppelhaushalt haben wir vorgeschlagen, 11 Millionen Euro mehr in diesem Bereich auszugeben. Aber wie alle Anträge von der AfD wurde natürlich auch dieser Antrag von Ihnen abgelehnt.

Apropos Ablehnung und Erinnerung: Der „Experte fürs Abendland“ hat sich für mehr sachunmittelbare Demokratie, also für eine direkte Demokratie, ausgesprochen. Herr Gebhardt, vielleicht blättern Sie mal in Ihren Akten und setzen sich ganz positiv – konstruktiv zusammen mit der AfD – im Ausschuss für unseren Gesetzentwurf ein.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Gucken Sie sich Ihren Gesetzentwurf doch mal an!)

Dann werden wir sehen, wie ehrlich Sie es gerade mit der Volksgesetzgebung gemeint haben.

(Zurufe von den LINKEN und des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Ach ja: Personal und Lehrer. Es ist gut, dass Sie von den LINKEN gerade herumschreien; denn Sie rufen nach mehr Lehrern und nach Personal. Als die AfD in zwei Anträgen mehr Lehrereinstellungen und mehr Geld gefordert hat, haben Sie diese Anträge abgelehnt. Sie haben die Höhergruppierung von Lehrern abgelehnt. Lassen Sie es einfach. Sie sind an dieser Stelle nicht kompromiss- und schon gar nicht regierungsfähig.

(Beifall bei der AfD –

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:

Aber Sie, oder was?! –

Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Tatsache ist: Auch zu Beginn des neuen Schuljahres ist festzustellen, dass die Staatsregierung nicht in der Lage ist, ihre eigenen Versprechungen bezüglich der Bildung einzuhalten, denn die Unterrichtsausfälle liegen seit Jahren deutlich über den prognostizierten Ausfällen.

Für uns ist es keine Überraschung, dass Frau Kurth anlässlich des Besuchs einer Schule zu Beginn des Schul-

jahres 2016/2017 feststellen musste, dass es wieder signifikante Unterrichtsausfälle geben wird, und zwar trotz der Mehreinstellungen, von denen übrigens fast 50 % des Personals als Quereinsteiger gefunden werden müssen, weil unsere Lehrerabsolventen nicht in Sachsen bleiben wollen. Was man dazu tun könnte, haben wir zum Teil vorgeschlagen. Vielleicht schauen Sie es sich bei Gelegenheit doch noch einmal an.

Tatsache ist: Der Regelunterricht kann auch in diesem Schuljahr in Sachsen nicht abgesichert werden. Passend dazu erreicht uns am gestrigen Tag ein Hilferuf-Schreiben aus Eilenburg, in dem für das vergangene Schuljahr allein in einer Klasse der siebten Jahrgangsstufe 55 Stunden Unterrichtsausfall prognostiziert wurden.

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Wenn Sie glauben, die sächsischen Kinder und Jugendlichen so auf die Zukunft vorbereiten zu können, dann haben Sie sich gründlich geirrt.

Meine Damen und Herren, es gebe noch mehr dazu zu sagen. In der zweiten Runde werden wir dazu ausführen, wie sich die AfD Einsparungen vorgestellt hat. Wir glauben nämlich, dass sie möglich sind.

Wir glauben vor allem, dass es ein Schlag ins Gesicht der sächsischen Steuerzahler ist, wenn so getan wird, als seien die geplanten Asylkosten von 800 Millionen Euro gottgegeben. Das sind sie nicht. Sie sind Folge einer verfehlten Politik auf Länder- und Bundesebene, die Sie, die Staatsregierung, Herr Unland, mit zu verantworten haben.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Herr Abg. Zschocke. Bitte sehr, Herr Zschocke.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Entwurf verspricht mehr Geld. Der Finanzminister erzählt uns: Alle Zukunftsthemen sind damit identifiziert und die Weichen werden vorausschauend gestellt. Ja, was sind denn jetzt eigentlich die zentralen Zukunftsthemen in Sachsen?

Ich sehe im Wesentlichen sechs Herausforderungen: Schafft es die Regierung, für alle Bereiche der Landesverwaltung künftig ausreichend kompetentes Personal zu finden, um einen funktionierenden, bürgernahen Staat sicherzustellen? Wird ein Engpass an Arbeitskräften, auch in der sächsischen Wirtschaft, vermieden und wird die technologische Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesichert? Zieht Sachsen die richtigen Konsequenzen aus dem Weltklimagipfel, der in Paris stattgefunden hat? Werden die Weichen dafür im Haushalt auch richtig gestellt? Werden der dramatische Verlust von Tier- und Pflanzenarten, der zunehmende Flächenverbrauch in Sachsen, die Zerstörung von Lebensräumen, die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden gestoppt? Wird allen Kindern gute Bildung ermöglicht, und zwar durch ausreichend qualifiziertes und nicht permanent überlaste-

tes Personal? Können alle Menschen, die in Sachsen leben und hier Schutz suchen, in Würde, Freiheit und ohne Angst leben? Wird Respekt für verschiedene Lebensweisen und Toleranz gefördert?

Meine Damen und Herren, zunächst zum Personal: Hierfür soll künftig mehr Geld ausgegeben werden. Es bleibt allerdings ein Rätsel, wie der enorme Neueinstellungsbedarf, der ja durch die Altersabgänge bis 2030 entsteht, gedeckt werden soll. Dafür müssten ab sofort in jedem Jahr Einstellungen in Größenordnungen erfolgen. Diese sind im Entwurf aber nicht annähernd abgebildet, Herr Unland.

Viel zu lange wurde auch gezögert, die verantwortungslose Streichung der Polizeistellen rückgängig zu machen. Der Finanzminister hat dies dann auch noch blockiert. Durch dieses viel zu späte Umsteuern sind die Polizei und die Bevölkerung verunsichert. Es wird Jahre dauern – Vorredner haben darauf verwiesen –, bis die Polizei wieder in angemessener Personalstärke agieren kann.

Dringend muss auch Justizpersonal aufgestockt werden. Durch das lange Zögern der Staatsregierung wird es nun schwer, gute Leute zu finden, Herr Staatsminister Gemkow. Der Wettbewerb um die Köpfe steigt, und Sachsen ist nicht das einzige Bundesland, das Personal im öffentlichen Dienst sucht. Ich sage es deutlich: Die Weichen, hin zu einer nachhaltigen, tragfähigen Personalplanung für die nächsten zwei Jahre, müssen jetzt richtig gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die Steuereinnahmen, aus denen die Staatsregierung schöpft, erwirtschaftet sie nicht selbst. Viele erfolgreiche Unternehmen – darauf haben Sie verwiesen, Herr Unland – tragen dazu bei. Sie verweisen zum Beispiel mit Stolz darauf, 1,6 Milliarden Euro für die sächsischen Mikroelektronikprojekte zur Verfügung zu stellen. Das ist gut.

Aber nicht nur in diesem Bereich entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am gelingenden Transfer technischer Neuerungen. Wir Landespolitiker – der Wirtschaftsminister hat dies im Sommer ja auch versucht – müssen uns noch viel, viel mehr mit den Akteuren unmittelbar austauschen, welche Bedingungen sie für ihre Projekte und Innovationen tatsächlich benötigen und wie sie noch besser gefördert und unterstützt werden können. Zum Beispiel suchen viele KMU dringend Arbeitskräfte. Oftmals haben sie aber nicht die Ressourcen, all die komplizierten Hürden, beispielsweise bei der Integration von Asylbewerbern, zu überwinden. Ich hoffe, dass sowohl die Wissenschaftsinitiative „Integration“ als auch das Programm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ spätestens mit dem Doppelhaushalt in Gang kommen.

Gute Standort- und Ansiedlungsbedingungen entstehen nicht durch immer mehr Beton. Im Gegenteil: Beim Straßennetz gibt es kaum noch Nachholbedarf, umso mehr aber beim digitalen Netz. Es muss wesentlich mehr

getan werden, um die Unternehmen in den sächsischen Regionen mit schnellem Internet zu versorgen. Wir wollen nicht, dass die wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung an Sachsen vorüberziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die Beschlüsse der Pariser Weltklimakonferenz haben unmittelbare Konsequenzen für das Handeln in Sachsen. Das hat die Staatsregierung meiner Einschätzung nach noch gar nicht richtig realisiert. Wie alle Regionen muss auch Sachsen in den nächsten drei Jahrzehnten aufhören, fossile Rohstoffe zu verbrennen. Das wurde in Paris vereinbart. Das heißt zum Beispiel, Gebäude ohne Öl und Erdgas zu heizen oder zu kühlen.

Schauen Sie sich einmal den Gebäudebestand an, von mir aus auch nur den von der Landesverwaltung. Wie wollen Sie das schaffen, wenn Sie damit jetzt nicht konsequent beginnen? Wie trägt denn dieser Haushaltsentwurf dazu bei, die CO₂-Emissionen wirklich rasch zu senken? Dort ist es ähnlich wie bei dieser nicht vorausschauenden Personalplanung. Das, was Sie heute nicht bereit sind zu investieren, wird am Ende viel teurer. Wer keine Strategien zur schrittweisen CO₂-Reduzierung hat, egal, ob es den Gebäudebestand, die Landwirtschaft, den Verkehr oder die Energieversorgung betrifft, kann natürlich auch nicht die notwendigen Haushaltsmittel systematisch einplanen.

Auch ein solide finanziertes Konzept für den Strukturwandel in den Kohleregionen müsste in den künftigen Haushalten regelmäßig eingeplant werden. Stattdessen wird auf wichtige Einnahmen durch Wasserentnahmeabgaben verzichtet und so die Kohle weiterhin subventioniert. Dem großen Thema Klimaschutz wird dieser Haushaltsentwurf nicht gerecht, Herr Unland.

Ähnlich verhält es sich bei den Zukunftsthemen Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz. Wenn zum Beispiel wertvolle Arten vollständig verschwunden sind, wenn Ökosysteme so belastet sind, dass sie die für uns überlebenswichtigen Leistungen kaum noch erbringen, dann können die Probleme nicht mehr mit Haushaltsmitteln gelöst werden. Deshalb sage ich deutlich: Ohne ausreichende und rechtzeitige Vorsorge im Rahmen der aktuellen Haushalts- und Förderpolitik wird auch hier der Schaden am Ende erheblich größer sein.

Meine Damen und Herren! Für Kindertagesstätten und Schulen wollen Sie so viel Geld ausgeben wie angeblich noch nie. Doch warum jubelt niemand im Land? Weil spätestens mit der Einschulung ihrer Kinder in diesem Jahr auch den letzten Eltern klar ist, dass mehr Geld und mehr Stellen noch lange nicht dazu führen, dass vor jeder Klasse ein ausgebildeter Lehrer steht. Genau diese gut ausgebildeten Lehrkräfte sind inzwischen extrem rar geworden. Die Entwicklung war seit zehn Jahren absehbar. Wir haben Ihnen das immer wieder vorgerechnet. Selbst innerhalb der CDU-Fraktion haben Abgeordnete, zum Beispiel Thomas Colditz, immer und immer wieder

vor der Situation gewarnt, die hier eingetreten ist. Aber ein konsequentes Umdenken ist bei den Finanzpolitikern der CDU immer noch nicht erkennbar, weder im Ministerium noch in der Fraktion. Sie haben das über viele Jahre ignorant ausgesessen. Jetzt ist es eigentlich zu spät, Sie sind nicht mehr handlungsfähig.

Ich frage die Kollegen von der SPD: Was folgt daraus, wenn Sie so unglaublich unzufrieden damit sind? Wo sind die Grenzen der Koalitionsdisziplin?

Meine Damen und Herren! Die Ausgaben für Asyl und Integration sind mit einem eigenen Budget im Haushalt dargestellt. Der Sieben-Punkte-Plan von Ihnen, Frau Ministerin Köpping, enthält viele gute Ansätze, zum Beispiel bei der angekündigten Förderung regionaler und lokaler Initiativen, auch wenn wir wissen, dass es nicht allein ausreicht, mehr Fördermittel bereitzustellen. Gelingende Integration braucht Offenheit, und zwar auf allen Seiten. Gelingende Integration braucht vor allem eine klare gemeinsame Haltung der Koalition, und diese vermisste ich zuweilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung hat nach der Serie fremdenfeindlicher Übergriffe ein Paket von Maßnahmen für den kommenden Doppelhaushalt angekündigt. Auch hier steht fest, dass allein mehr Geld die Probleme noch nicht löst. Notwendig wäre ein Paradigmenwechsel, hin zu einer Politik auf Augenhöhe mit Bürgern und Zivilgesellschaft. Es reicht zum Beispiel nicht, die Förderrichtlinie „Weltoffenes Sachsen“ einfach nur finanziell besser auszustatten. Es müssen auch die unsinnigen bürokratischen Hürden und die gängelnden Auflagen abgebaut werden. Die Projekte brauchen zudem eine klare und mehrjährige Förderperspektive, meine Damen und Herren.

Auch Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien in schwierigen Lebenssituationen, alle präventiven Hilfen müssen verlässlich finanziert werden. Wenn es nicht gelingt, den sozialen Zusammenhalt in Sachsen zu stärken, werden nämlich auch hier die Folgekosten durch die Decke gehen.

In der Vergangenheit kamen zuweilen großartig angekündigte Fördermittel bei den Trägern nicht oder viel zu spät an. Dazu möchte ich ganz deutlich sagen: Erst mehr Mittel einplanen und sich dafür loben lassen, dann aber die Hürden so hoch aufbauen, dass die Mittel nicht abfließen und am Ende eingespart werden können – das ist ein schlechtes Spiel, meine Damen und Herren, und das muss wirklich ein Ende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung gibt vor, sich den entscheidenden Zukunftsfragen zu stellen. Sie tun das aber nur inkonsequent und viel zu spät, und ob aus all den Ankündigungen am Ende auch Umsetzungen werden, das bleibt abzuwarten und vor allem öffentlich zu überprüfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, das war in der Aussprache die erste Runde. Es gibt Redebedarf für eine zweite Runde. Zunächst frage ich die Fraktion DIE LINKE, wird noch einmal das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die CDU-Fraktion? – Herr Abg. Michel. Bitte, Sie haben das Wort.

Jens Michel, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Noch nie hat es in Sachsen einen Doppelhaushalt mit einem so großen Haushaltsvolumen gegeben. Der Regierungsentwurf ist eine gute Grundlage für unsere Beratungen. Dafür auch meinen Dank an die Regierung, den Finanzminister und die mit der Aufstellung befassten Mitarbeiter.

In den nächsten Wochen wird der Sächsische Landtag über 37 Milliarden Euro auf die nächsten zwei Jahre verteilen können. Wir in Sachsen haben noch etwas zum Verteilen. Wir sprechen von der größten Investitionsquote in Deutschland, obwohl wir ein Nehmerland sind.

Wenn ich mir aber das Gejammer mancher Fachbruderschaft anhören muss, dann könnte man meinen, unsere schlimmsten Befürchtungen wären schon wahr geworden.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Teilweise werden Zehntausende Menschen in Unruhe versetzt und mit virtuellen Streckenschließungen im Nahverkehr beunruhigt. Es wird gejammert, als wären die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich schiefgegangen. Es wird gebarmt, als wären gleichzeitig Wirtschafts- und Finanzkrise II ausgebrochen.

Meine Damen und Herren, all das ist nicht der Fall. Wir können sogar dank der Konjunktur noch die zusätzliche Aufgabe Asyl schultern, ohne einschneidende Maßnahmen ergreifen zu müssen. Wir leben in einer Hochphase der freistaatlichen Einnahmen und diese Gelder werden auch wieder ausgegeben. Wer behauptet, das Geld verschwinde in Rücklagen, hat nicht recht. Im Gegenteil, es werden sogar viele Rücklagen, wie zum Beispiel die Bürgschaftsrücklage, aufgelöst. Nur die Haushaltsausgleichsrücklage bleibt nennenswert mit knapp einer Milliarde Euro bestehen. Erhöht wird sie aber leider nicht.

Wenn man schon so viel Geld wie noch nie zur Verfügung hat und trotzdem nicht zufrieden ist, meine Damen und Herren, dann stimmt meines Erachtens mit den Ansprüchen im Freistaat etwas nicht.

(Beifall bei der CDU, des
Abg. Mario Pecher, SPD, und des
Staatsministers Prof. Dr. Georg Unland)

In einer solchen Situation sollten die Wünsche kritisch hinterfragt und besonders auf ihre Krisentauglichkeit geprüft werden. Was wäre denn, wenn der Länderfinanzausgleich nicht das gewünschte Ergebnis brächte; was wäre denn, wenn die nächste Wirtschaftskrise zeitnah

anstünde? Staatliche Finanzstrukturen werden in guten Zeiten verdorben. In den Zeiten, in denen die Einnahmen sprudeln, in denen es dem Fiskus gut geht, wird bei zu wenig struktureller Besonnenheit das Fundament solider Finanzpolitik untergraben.

Es wird die Aufgabe der nächsten Wochen sein, diese finanzpolitische Besonnenheit nicht aus dem Blick zu verlieren. Was ein maroder Staatshaushalt für die Bevölkerung bedeutet, das kann man in Südeuropa sehen. Dort büßt die Bevölkerung nun Jahre später für politisch ungedeckte Schecks, für Träumereien der Politiker.

Das will die CDU-Fraktion für Sachsen nicht. Wir wollen eine realistische, eine solide Haushaltspolitik im Interesse der Menschen und im Interesse der nachfolgenden Generationen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und des
Staatsministers Prof. Dr. Georg Unland)

Zunächst werden die zuständigen Gremien der Regierungsfraktion intern beraten. Mitte Oktober dieses Jahres beginnen dann die gemeinsamen Finanzberatungen mit der SPD. Vielleicht kommen CDU und SPD in manchen Themenfeldern von unterschiedlichen Ausgangspositionen; aber am Ende wird es wieder einen gemeinsamen Doppelhaushalt geben. Auch der Prüfungsablauf wird für jeden Antrag der gleiche sein: Jeder Antrag wird zunächst dahin gehend geprüft, ob es Reserven im System gibt bzw. im eigenen Einzelplan korrigiert werden kann.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Prüfen Sie, ob es Sinn macht!)

Wettkämpfe – wer sich durchgesetzt hat –, das ist dann eher etwas für die Boulevardpresse oder die Generalsekretäre. Klar ist, wenn die CDU einen Antrag absolut nicht will, wird sie das in dem Haushalt nicht abbilden; das gilt für die SPD genauso. Insgesamt werden die Koalitionspartner gemeinsam zur Jahreswende einen Haushalt beschließen. Dessen bin ich mir ganz sicher.

Meine Damen und Herren, wir haben heute von den Oppositionsparteien viel Kritik zum Regierungsentwurf gehört.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Bei nüchterner Betrachtung und ohne Polemik aber kann man feststellen: Der Regierungsentwurf lässt eigentlich kaum einen Wunsch offen.

(Zurufe von den LINKEN und der AfD)

Jetzt habe ich hier gar keine konkreten Forderungen gehört.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Sie müssen
sich mit der SPD einigen! Wer sind Sie denn?!)

Die Regierung hat einen Haushaltsplanentwurf mit ganz konkreten Zahlen vorgelegt. Jetzt wurden hier Allgemeinplätze ausgetauscht. Ich hätte ja gedacht, es würde schon eine konkrete Zahl geben, wie viele Mehrstellen Sie schaffen, an welcher Stelle Sie wie viel Geld drauflegen

wollen. Vielleicht überrascht uns Kollege Scheel noch in der dritten Runde. Aber ich kann nicht einmal sagen, dass Sie nach dem Oppositionsmotto handeln,

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Sie schwafeln hier rum!)

man müsse einfach mehr fordern, als eine Regierung leisten kann – sondern Sie haben hier nur Allgemeinplätze gefordert.

Aber, meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal den Bereich der Inneren Sicherheit an. Dieses Politikfeld wird unzweifelhaft einen Schwerpunkt des Doppelhaushalts darstellen. Die neuen Bedrohungen wie der internationale Terror erfordern auch in Sachsen eine Reaktion. Der Stellenabbau wird gestoppt,

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

die Ausbildungskapazität wird erhöht und im Jahr 2017 wird es im Bereich von Justiz und Polizei 927 Stellen mehr geben; im Jahr 2018 sind es gar 1 391 Stellen.

Der zweite Schwerpunkt des Doppelhaushalts liegt im Bereich Bildung und Forschung mit 5,6 Milliarden Euro in 2017 und 5,7 Milliarden Euro im Jahr 2018. Im Bereich Schule mahnen die Kultusministerin und unsere Fachpolitiker weitere Anstrengungen an. Die vorhandenen Stellen können wir gegenwärtig nicht mit ausreichend geeigneten Anwärtern besetzen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Nach den allgemeinen Prüfungsabläufen der Ausschöpfung bestehender Reserven geht es dabei um mehr Absolventen von unseren Hochschulen und um mehr Attraktivität im Lehrerberuf.

Doch die Gespräche der nächsten Wochen drehen sich sicherlich nicht nur um innere Sicherheit und Bildung. Gewohnt akribisch werden unsere Fachpolitiker auch in den anderen Politikfeldern, zum Beispiel in der Wirtschaft, bei Umwelt und Landwirtschaft sowie im Sozialen oder auf dem Gebiet der Kultur, die Ansätze prüfen und gegebenenfalls nachjustieren. Ganz sicher wird es auch Änderungen im Regierungsentwurf, zum Beispiel bei den Sportinvestitionen, geben.

Auch zum Haushaltsbegleitgesetz sind schon Fragen aufgetreten. Die Regierung schlägt einen neuen Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement vor. Auf dem Gebiet der Flächenbewirtschaftung etwas zu tun ist völlig richtig. Aber damit nicht nur eine neue öffentliche Stelle geschaffen wird, welche sich dann mit den schon bestehenden Staatsbetrieben Streitereien um die Zuständigkeit liefert, werden wir uns die Schnittstellen gemeinsam noch einmal ansehen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, eine wichtige Säule der Politik für die CDU sind auch die Kommunen und Landkreise im Land. Die sächsischen Kommunen können sich über ihre Finanzausstattung nicht beschweren. Sie nimmt im deutschlandweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein. Mit dem Kommunalen Finanzaus-

gleichgesetzt werden wir die Vereinbarungen mit dem Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag zum neuen Gleichmäßigkeitsgrundsatz II vollziehen. Somit tragen wir zum Ausgleich zwischen dem ländlichen Raum und den Ballungszentren bei. Ich sehe die Aufgabe einer Volkspartei auch darin, die verschiedenen Räume trotz ihrer Unterschiedlichkeit gerecht zu behandeln.

Die abundanten Kommunen im Freistaat mahnen eine Korrektur an. Wir wollen diese Forderung ergebnisoffen prüfen.

Gespannt bin ich auf das Verhalten der GRÜNEN zum FAG. Immerhin haben Sie im Juni in das Plenum einen Antrag zum Kommunalen Finanzausgleich eingebracht, in dem Sie den Einwohnerveredlungsfaktor für die Großstädte angreifen.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Auf Ihren Änderungsantrag zum FAG und die Reaktionen Ihrer großstädtischen Wähler freue ich mich heute schon.

(Heiterkeit des Abg. Sebastian Fischer, CDU)

Interessant wird es auch mit den AfD-Anträgen. Sie sind keine parlamentarischen Neulinge mehr. Wir können sicherlich erwarten, dass Sie klar Stellung beziehen.

(André Barth, AfD: Wir
werden uns alle Mühe geben!)

Wer etwas fordert, muss auch realistisch darlegen, woher er das Geld nehmen will. Auch derjenige, der Rücklagen anlegen will, muss sagen, woher er das Geld nehmen will.

(André Barth, AfD: Mache ich gleich!)

Allen alles versprechen – das wird nicht einmal der AfD gelingen.

(André Barth, AfD: Machen wir auch nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Regierungsentwurf geht von einer Nullverschuldung und einer jährlichen Schuldentilgung in Höhe von 75 Millionen Euro aus. Dies sei an dieser Stelle erwähnt, da dies zwar in Sachsen, nicht aber in ganz Deutschland eine Selbstverständlichkeit ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns in den nächsten Wochen nicht die Politikverdrossenheit im Lande durch unrealistische Anträge anheizen, sondern lassen Sie uns eine Politik machen, die nachhaltig und krisenfest ist! Denken Sie bitte beim Stellen Ihrer Anträge immer daran, dass die Staatsfinanzen in guten Jahren ruiniert werden, wenn man nicht besonnen handelt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wer
entscheidet, welche Anträge realistisch sind?)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Ich frage die SPD-Fraktion: Gibt es Redebedarf? – Herr Abg. Pecher, bitte sehr.

Mario Pecher, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Wenn man dem Vortrag des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN gelauscht hat, dann hat man den Eindruck gewonnen, draußen im Land Sachsen sehe es ganz fürchterlich aus, überall sei es dunkel und grau, alles sei kaputt.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Das habe ich nicht gesagt!)

Ich möchte diesem Eindruck widersprechen. An dieser Stelle knüpfe ich an meinen Fraktionsvorsitzenden an, der sagte: Das eine ist das, was zufriedenstellend ist. Das andere ist das, was nicht zufriedenstellend ist. – Das sind zwei Seiten derselben Medaille, die beide zu betrachten sind. Man kann nicht, wie Sie es getan haben, ein Land per se schlechtreden. Das lehne ich jedenfalls ab.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich ziehe mir auch als Mitglied einer Koalitionsfraktion nicht den Mantel Ihrer Kritik an, die darin zum Ausdruck kommt, dass Sie uns schon vorab dafür verurteilen, was wir angeblich alles nicht getan haben. Dass Sie die Staatsregierung für den von ihr eingereichten Entwurf kritisieren, ist zulässig.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Herr Michel hat eben etwas anderes gesagt!)

– Es ist vollkommen egal, was Herr Michel dazu gesagt hat; denn ich beziehe mich auf Sie.

(Unruhe bei den LINKEN)

Vor uns allen steht doch erst die Arbeit, diesen Haushaltsentwurf auf den Prüfstand zu stellen, zu analysieren und entsprechend zu bearbeiten. Das ist die Herausforderung, vor der dieses Parlament jetzt steht. Daher können Sie doch nicht schon heute die Abgeordneten in Gruppen einteilen, obwohl sie noch gar nicht zum Arbeiten an dem Entwurf gekommen sind. Damit fördern Sie Politikverdrossenheit in diesem Land.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Nun
kommen Sie mal wieder herunter, Herr Kollege!)

– Gehen Sie doch ans Mikrofon, Herr Scheel! Dann können Sie reden.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: In der ersten
Koalition haben Sie es schon genauso gemacht!)

Ich wünsche mir, dass in diesem Land noch klarer wird, was dieses Parlament im Haushaltsverfahren macht, wo und wie es die Schwerpunkte setzt.

(Lebhafte Zurufe des
Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

– Herr Präsident, dürfte ich darum bitten, für Ruhe zu sorgen? Ein Zwischenruf ist ja okay, aber nicht ständig.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Sie brechen immer wieder das Haushaltsrecht!
Ich lasse mir doch von einem Rechtsbrecher
hier nichts erzählen!)

– Ich würde gern fortfahren, Herr Scheel.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Wir hören zu!)

– Das ist lieb von Ihnen.

Ich wünsche mir, dass in diesem Land noch bekannter wird, was wir warum im Haushaltsverfahren machen und wie wir die Regierung im Haushaltsvollzug begleiten.

Ja, ich wünsche mir, dass die Staatsregierung, nachdem das Parlament den Haushalt beschlossen hat, diesen im Geiste der parlamentarischen Beratungen umsetzt. Das klappt nicht immer. Der Fall der Grundschule Deutzen hat das gezeigt, obwohl letztlich doch ein positives Ergebnis erzielt wurde.

Ich wünsche mir auch, dass dieses Parlament – das gesamte Parlament! – neue Impulse setzt, zum Beispiel dadurch, dass wir, die Abgeordneten, in der Fläche, in den Kommunen, also vor Ort, verdeutlichen, was wir tun und was wir nicht tun bzw. nicht tun können und warum wir es nicht tun.

Ich wünsche mir, dass an der einen oder anderen Stelle, sei es bei der Eröffnung einer Kita, bei der Einweihung eines neuen Straßenabschnitts oder bei der Institutionenförderung, als Erstes auf die Verantwortung und die Zuständigkeit des Haushaltsgesetzgebers hingewiesen wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Dann kann es letztlich der Intelligenz des Veranstalters überlassen bleiben, ob er als Nächsten einen Staatsminister oder einen Referatsleiter der SAB begrüßt. Das ist mir dann egal. Den Haushaltsgesetzgeber mit seiner Funktion, mit den Zwängen, denen er unterliegt, und mit seinen Möglichkeiten vor Ort stärker in den Mittelpunkt zu stellen, das ist Aufgabe des gesamten Parlaments, die im Zusammenhang mit den weiteren Beratungen über den Doppelhaushalt wieder vor uns steht. Insoweit ist die Unterteilung in Koalition und Opposition nicht zielführend.

Noch ein Satz zu den Steuereinnahmen! Es ist richtig, den Steuerzahlern zu danken. Aber was machen wir denn mit den Steuereinnahmen? Die Steuererhebung ist doch kein Selbstzweck. Es ist auch nicht so, dass wir im sozialen Bereich irgendwelche Leute durchfüttern. Wir schaffen mit den Steuereinnahmen die gesellschaftliche Infrastruktur, die es Menschen ermöglicht, hier zu arbeiten, zu leben und Mehrwert zu schaffen. Dafür setzen wir doch die Steuergelder ein. Ich glaube, auch uns gebührt Dank, nämlich dafür, dass wir sie für diesen Zweck einsetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der FAG-Entwurf ist zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt worden. Er ist eine Grundlage, die wir zu bewerten und zu wichten haben. Er ist ein guter Entwurf. Aber ich möchte betonen: Es gibt keinen kommunalen Anspruch und für die Kommunen kein Geld, bevor nicht dieses Parlament als Gesetzgeber ein FAG für zwei Jahre beschlossen hat.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ach?)

Das steht so auch in der Verfassung. Ob wir den Gleichmäßigkeitsgrundsatz I in dieser Art und Weise und in dieser Höhe anwenden, darüber entscheiden wir als Haushaltsgesetzgeber. Darüber entscheidet weder die Staatsregierung noch ein SSG-Kreisverband. Wir, der Gesetzgeber, entscheiden über die Höhe, die Art und Weise sowie den Verwendungszweck im Bereich des FAG. Auch dies müssen wir verstärkt an die Kommunen kommunizieren.

Ich erinnere an die Diskussion über das Brückenprogramm. In der Sachverständigenanhörung hat der Finanzbürgermeister von Dresden die Umschichtung in den ländlichen Raum verteufelt – sekundiert von Ihrem Herrn Schollbach in der Plenardebatte!

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Der Finanzbürgermeister ist aber von der CDU!)

Wenn man es sich genau anschaut, stellt man fest, dass wir genau das Richtige getan haben. Wir haben mit der Umschichtung ein überproportionales Wegschnappen in den Finanzen der kreisfreien Städte verhindert und den ländlichen Raum gestärkt. Richtig ist die Feststellung, dass die kreisfreien Städte besondere Aufgaben haben. Die ländlichen Räume haben solche Aufgaben aber auch; sie sind nur anders. Auch ist die Kalkulation im ländlichen Raum schwerer möglich. Es ist ein Unterschied, ob die Nöte in den Bereichen ÖPNV, ärztliche Versorgung, Energieversorgung oder Kommunalstraßen bestehen oder ob entsprechend den Einwohner- bzw. Geburtenzahlen zu errechnen ist, wie viele Kitas und Schulen gebraucht werden. Das sind andere Herausforderungen mit ihren jeweiligen Besonderheiten.

Dass es uns gelungen ist, die Abschmelzung im Zusammenhang mit dem Mehrbelastungsausgleich dadurch zu vermeiden, dass wir ihn eingepreist haben, wird von Vorteil sein – das schätzt übrigens auch der SSG so ein –, weil die Kommunen durch die Verbesserung der Verbundgrundlage mittelfristig zusätzlich profitieren werden.

Im Zusammenhang mit dem Brückenprogramm ist häufig von „unserem kommunalen Geld“ die Rede. An dieser Stelle darf ich ein Zitat bringen: „Der Einsatz der Abrechnungsbeträge war deshalb strategisch notwendig, weil es nur so gelingen konnte, mit kommunalen Mitteln staatliche Investgelder zu sichern.“ – Originalton SSG!

Wir haben im Brückenprogramm alles richtig gemacht. Das will ich noch einmal deutlich feststellen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich bin auch stolz und froh – weil es ein schwieriger politischer Abwägungsprozess ist, in dem man oft genug Störfener bekommt –, dass sich die kommunale Seite mit dem Finanzministerium darauf geeinigt hat, wie es mit der FlüAG-Pauschale weitergehen soll. Ich glaube, dass wir hier im Vorfeld ein Riesenkonfliktpotenzial abgeräumt haben, was uns die Arbeit im Bereich des FAG und

des kommunalen Finanzausgleichs letztendlich vereinfacht.

Ich möchte zusammenfassend sagen: Es ist ein Entwurf, der uns vorliegt – Haushalt und FAG –, und wir als Koalitionsfraktionen, da schließe ich mich Kollegen Michel an, werden ihn verbessern. Das ist so.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion, Herr Abg. Barth.

André Barth, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was uns bei erster Durchsicht des Haushaltsentwurfs sehr überrascht hat, ist, dass Sie, Herr Staatsminister, Ihre bewährte Strategie aus den vergangenen Haushaltsverhandlungen aufgegeben haben. Anstatt wie bisher die Einnahmen niedrig anzusetzen, liegen Sie im Planjahr 2017 um 1,1 Milliarden Euro über den Planungen des Haushaltsjahres 2016, und im Jahr 2018 sollen die Einnahmen ebenfalls in erheblichem Umfang steigen. Die Überraschungen der unerwarteten Steuermehreinnahmen während der vergangenen Haushaltsjahre werden sich daher diesmal in Grenzen halten. Die Bildung weiterer Sondervermögen sollte daher nur schwerlich möglich sein. Das gefürchtete Gespenst eines Nachtragshaushalts infolge unerwarteter Kostensteigerungen durch unvorhersehbare Aufgaben wird wahrscheinlicher werden.

Dankenswerterweise hat der Juristische Dienst dieses Hauses durch Gutachten festgestellt, dass nicht jede Entscheidung des Haushaltsausschusses über Ausbringung neuer Stellen ohne Beteiligung dieses Hohen Hauses erfolgen kann. Deshalb, Herr Michel und Herr Pecher, waren Ihre Reden hier recht fadenscheinig, wenn Sie die Kompetenz in Haushaltsfragen dieses Hohen Hauses in Ihren Reden hervorgehoben haben. Ich erinnere daran, wie Sie den Nachtragshaushalt verweigert haben.

Doch zurück zu Ihrem Strategiewechsel. Vermutlich liegt der Grund dafür bei Ihrem neuen Koalitionspartner, der bekannt dafür ist, gern viel Geld ausgeben zu wollen. Ganz ohne Handlungsspielraum werden Sie dieses Mal gleichwohl nicht sein wollen, Herr Finanzminister. Daher haben wir uns die Frage gestellt, wo Sie, Herr Finanzminister, dieses Mal Ihre Reserven versteckt haben. Bei einem genauen Blick in die Einzelpläne konnten wir auch schon einige Haushaltsansätze ausmachen, die nicht korrekt oder nur unvollständig untersetzt sind.

(Christian Piwarz, CDU:

Hätten Sie mal lieber Pokémon gejagt! –
Heiterkeit bei der CDU und den GRÜNEN)

Hier sind die Personalausgaben in Höhe von circa 50 Millionen Euro zu nennen, die nach ersten Berechnungen über dem voraussichtlichen Bedarf liegen. Dabei haben wir natürlich auch den § 7 f im Entwurf des Haus-

haltsgesetzes berücksichtigt. Grundlage unserer Berechnungen waren die Personalkostenansätze aus Ihrem Haus, die Sie uns auf unsere Anfrage dankenswerterweise zur Verfügung gestellt haben.

Offenkundig sind Ihre Reserven auch im Einzelplan 15, Verstärkungsmittel für Personalausgaben, für Versorgungsbezüge, für Rechtsverpflichtungen, für Asyl und Integration sowie für Investitionen. Dem liegen keine konkreten Planungen zugrunde. Hier, Herr Staatsminister, messen Sie mit zweierlei Maß. Während Ressorts eingeschärft wird, keine Mittel für unvorhergesehene Fälle anzumelden, binden Sie für noch nicht vorhersehbare Bedarfe Haushaltsmittel. Wir nennen dies Reserven in Höhe von über 100 Millionen Euro, die Sie sich von uns als Handlungsspielraum genehmigen lassen wollen. Von uns werden Sie dafür keine Zustimmung bekommen. Unsere konkreten Vorstellungen, wofür diese Mittel ausgegeben werden können, haben wir Ihnen bereits in der ersten Rednerrunde benannt.

In Wirklichkeit, Herr Finanzminister, ist daher viel mehr finanzieller Spielraum vorhanden, als Sie uns glauben machen wollen.

(Christian Piwarz, CDU:
Wir sind auf Ihre Anträge gespannt!)

Darüber hinaus sehen wir schon jetzt weitere Einsparmöglichkeiten im Regierungsentwurf, mit denen wir unseren Mehrbedarf decken werden. Wir wollen jedenfalls keine Haushaltsmittel für die Unterstützung von Gender Mainstreaming und pseudodemokratischen Projekten mit zweifelhaften Zielen verschwenden.

Wenn Sie, liebe Regierung, es nicht schaffen, den Linksextremismus analog zum Rechtsextremismus zu bekämpfen, sollten Sie wenigstens nicht die Steuergelder der Bürger an Einrichtungen weiterleiten, die dem Linksextremismus unter dem Deckmantel der Demokratieförderung den Weg bereiten.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:
Haben Sie irgendwelche Beweise dafür?)

In Sachsen waren wir schon einmal weiter, als man die Anti-Rechts-Projekte wenigstens mit einem Bekenntnis zum Grundgesetz gefördert hatte. Eine bezeichnende Rolle spielte die SPD, die offensiv gegen das Grundgesetzbekenntnis kämpfte und sich schließlich bei der Bildung der aktuellen Koalition mit der Streichung der Demokratieklausele durchsetzte.

Im Haushaltsentwurf werden darüber hinaus nur halbherzig die Konsequenzen aus dem Misserfolg der Standortkampagne gezogen. Der Haushaltsansatz wird von 8 Millionen Euro auf 4 Millionen Euro halbiert. Wir fragen uns: Warum wird der Ansatz nicht gleich ganz gestrichen? Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen werden die Standortfaktoren Innere Sicherheit, Bildung und Infrastruktur verbessert. Dies ist wirkliche Werbung für den Standort Sachsen und macht eine besondere Kampagne überflüssig.

Weiterhin sehen wir Möglichkeiten zur Einsparung bei Asylkosten durch beschleunigtere Abschiebungen. Zögerliche Abschiebungen von Nordafrikanern und geringe Rückführungsquoten abgelehnter Asylbewerber sind eine Zumutung für jeden sächsischen Steuerzahler.

(Zuruf von den GRÜNEN: Für mich nicht!)

Die schon bestehenden Möglichkeiten der Abschiebung müssen endlich konsequenter umgesetzt werden.

(Sebastian Fischer, CDU, steht am Saalmikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Barth, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

André Barth, AfD: Nein, im Moment nicht.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, werden in der CDU-Fraktion weitere Möglichkeiten für Abschiebungen erwogen. Wenn diese Erwägungen endlich einmal zügig umgesetzt werden würden, könnten die Länderhaushalte erheblich entlastet werden.

Weitere Bereiche, meine Damen und Herren, in denen wir Geld einsparen könnten, um unsere Mehrausgaben zu finanzieren, werden wir Ihnen in den kommenden Monaten vorstellen.

Ich danke Ihnen recht herzlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abg. Schubert. Bitte sehr, Frau Schubert.

Franziska Schubert, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Landeshaushalt ist die finanzielle Untersetzung von Regierungsarbeit. Für unsere Fraktion stellte sich daher die Frage, ob der vorliegende Haushaltsentwurf die Voraussetzungen dafür schafft, dass Sachsen in den nächsten zwei Jahren und darüber hinaus gut regiert werden kann.

Mein Kollege Volkmar Zschocke hat den Entwurf bereits politisch eingeordnet. Ich möchte jetzt gern der Bitte nach Zahlen, nach Details, nach Titelgruppen, nach Kapiteln und nach konkreten Vorschlägen nachkommen und in die Einzelpläne hineinschauen.

Die Staatsregierung hat den Etat für die Jahre 2017 und 2018 erhöht. Das ist natürlich bei Steuermehreinnahmen erst einmal keine Zauberei. Aber noch so viel Geld im Haushalt nutzt natürlich nichts, wenn Sie nicht wissen, an welchen Stellschrauben zu drehen ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar so, dass Sie Strukturen und Verfahren tatsächlich verändern.

Ich denke, wir sind uns einig, dass angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen der Freistaat steht, neue Wege eingeschlagen werden müssen.

Was ich aus dem Entwurf herauslese, ist ein bisschen wie Pflaster aufkleben. Ich möchte das gern für die einzelnen Bereiche untersetzen.

Wir haben schon einiges zum Thema Personalmangel gehört. Ich möchte hinzufügen, dass sich der massive Personalmangel nicht durch reine Personalaufwüchse beheben lässt. Fakt ist doch, dass wir einfach zu wenig qualifizierte Menschen für diesen Freistaat finden, die Lust haben, tatsächlich hier zu arbeiten.

Was macht die Staatsregierung? Schauen wir einmal in den Einzelplan der Staatskanzlei. Ich verweise auf Titelgruppe 53, 54 und das Kapitel 02 der Titelgruppe 62, wo man nachlesen kann. Dort sind alle Titel für externen Sachverstand aufgestockt worden. Neben dem regulären Stellenplan sind zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten in den Kapiteln 02 01, 02 04, 02 07 unter dem Label „Für besondere Aufgaben“ eingerichtet worden. Eine Erklärung, was diese besonderen Aufgaben sind, reichen Sie sicher noch nach; davon gehe ich einfach aus. Da stellt sich für mich schon die Frage, wie weit der Braindrain in der Staatskanzlei fortgeschritten ist. Offensichtlich verabschiedet sich dieses Ressort über externen Sachverstand ein vorsorgendes Pflaster, weil es jetzt schon weiß, dass es die Stellen vermutlich nicht mit geeignetem Personal besetzen können wird. Das ist für eine strategische Schnittstelle, als die man die Staatskanzlei durchaus begreifen kann, äußerst unvorteilhaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch ein paar Zahlen zur Polizei. In der Runde geistert die Zahl von 1 000 neuen Stellen bei der Polizei. Aber bei diesen Stellen handelt es sich nicht um 1 000 neue Polizeistellen. Für 2017 gibt es nämlich lediglich 138 Stellen mehr im Polizeibereich. Da kann man die Vorbemerkung des Innenministeriums auf Seite 8 lesen.

Zu den 138 Stellen im Polizeibereich kommen zehn weitere beim Verfassungsschutz – dazu sage ich gleich noch etwas –, 375 Polizeianwärterstellen und 650 Stellen für die Wachpolizisten und Wachpolizei in Ausbildung. Dazu kommt dann noch etwas für die Landesdirektion, für die Hochschule der Polizei usw. Das reicht aber nicht.

Für einen Stellenaufwuchs von 1 000 tatsächlichen Stellen müssten bis 2020 jährlich 1 400 Polizistinnen und Polizisten ausgebildet und in den Dienst übernommen werden. Die Aufstockung beim Verfassungsschutz lehnen wir deutlich ab. Wir werden hier sicher einen Antrag einbringen – damit können Sie rechnen –, wonach wir fordern, dass 100 Stellen beim Verfassungsschutz zur Polizei umgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gehen wir weiter in den Einzelplan des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Hier vermissen wir schmerzlich einen Titel, der sich aktiv dem Strukturwandel in der Lausitz widmet. Das hat mein Kollege Volkmar Zschocke schon ausgeführt. Aber, wie gesagt, der Landeshaushalt ist eine finanzielle Untersetzung von

Regierungsarbeit. Hier sieht man sehr deutlich, dass weder die Sanierung der Tagebaue für diese Regierung ein Prioritätenthema ist noch die konstruktive Begleitung eines Ausstiegs aus der Braunkohle. Es wird keine Vorsorge getroffen, zumindest nicht so, wie man es erwarten würde, wenn man davon ausgeht, dass der Bund plant, sich aus der Mitfinanzierung der Sanierung von Alttagebauen zurückzuziehen. Hier wäre im Titel 893 51 eine Einstellung von 40 Millionen Euro nötig, um das ausreichend aufzufangen.

Im Bereich des ÖPNV hätten wir GRÜNE natürlich gern ein deutlicheres Bekenntnis vonseiten der Staatsregierung gesehen, denn nur 14 % – sogar unter Staatsminister Jurk waren es einmal 25 % – der Bundesgelder zur Förderung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur sind für Bus und Bahn vorgesehen. Damit ist und bleibt Sachsen bundesweit Schlusslicht.

Natürlich habe ich mir die Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogramms „Brücken in die Zukunft“ im Haushalt angesehen. Es wurde ja als großes zusätzliches Investitionsprogramm für die Kommunen gepriesen. Sie erinnern sich, wir GRÜNE haben die Machart damals abgelehnt, und jetzt zeigt der Haushaltsentwurf genau das, was wir damals befürchtet haben.

(Zuruf des Abg. Jens Michel, CDU)

Schauen wir uns dazu einmal die Ansätze für Schulhausbau und Kita an. Ja, Sie haben die Landesmittel für den Schulhausbau Titelgruppe 91 Kapitel 05 03 erhöht. Aber wenn Sie gleichzeitig die Mittel im FAG für Schulhausbau zusammenstreichen und für Kitaeinrichtungen nur noch Leertitel haben, ist die Aussage, dass Sie die Mittel erhöht haben, schlichtweg falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Kerstin Lauterbach, DIE LINKE)

Sie haben auch kein Geld für Investitionen an Kitas eingestellt und begründen das damit – und jetzt wird es absurd –, dass es Mittel im Programm „Brücken in die Zukunft“ gebe. Das ist deswegen absurd, weil die Maßnahmenpläne bereits eingereicht worden sind und jetzt irgendwo zwischen SMUL, SK und SAB hin- und herwabern. Das geht so nicht und ist beinahe zynisch.

Schauen wir auf die Hochschulen. Hier reicht uns die Grundfinanzierung nicht. Der Bund hat die BAföG-Kosten übernommen. Wir haben theoretisch 53 Millionen Euro mehr zur Verfügung und diese Summe gehört für uns sinnvollerweise in die Grundfinanzierung der Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade bei den Hochschulen werden allein im laufenden Doppelhaushalt 70 Millionen Euro nicht an die Hochschulen ausgereicht. An der einen Stelle bleibt es liegen, an anderer Stelle fehlt es. Ein Blick in den Einzelplan 09 – zu diesem hat sich heute noch niemand geäußert, es ist das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft – bestätigt das. Uns fehlt dort zum Beispiel,

dass die Sächsische Staatsregierung die Förderung der ökologischen Landwirtschaft deutlich ausweitet. Denn im Zuge der aktuellen Krise der konventionellen Landwirtschaft steigt auch in Sachsen die Zahl der Landwirte, die eine Umstellung in Betracht ziehen. Auch der Denkmalschutz muss Federn lassen. Das Landesprogramm zum Erhalt von Kulturdenkmalen, Kapitel 15 30, wird von 5 Millionen Euro auf null heruntergekürzt.

Noch ein Wort zum kommunalen Finanzausgleich. Es ist Ihnen bekannt, dass wir hier Überarbeitungsbedarf sehen. Wir haben nächste Woche die Anhörung dazu und werden dann diese Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen können, für den weiteren Gestaltungsprozess im zukünftigen FAG nutzen.

(Zuruf des Abg. Jens Michel, CDU)

Über all diese Dinge, zum Beispiel, dass der Haushaltsentwurf wieder viele Stellen außerhalb des Stellenplanes veranschlagt, dass es wieder eine wachsende Zahl an Nebenhaushalten gibt und viele Titel mit hohen Mittelanträgen, die niemals zum Einsatz kommen werden, können wir bis zur Verabschiedung des Haushalts im Dezember noch ausgiebig und konstruktiv miteinander streiten und debattieren.

Ich freue mich darauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war die zweite Runde. Gibt es Redebedarf aus den Reihen der Fraktionen für eine dritte Runde? – Ich sehe keine Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren! Die Aussprache ist beendet. Es wird vorgeschlagen, die Entwürfe „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018“, Drucksache 6/5550, und „Gesetz begleitender Regelungen zum

Doppelhaushalt 2017/2018“, Drucksache 6/5551, jeweils an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss, Verfassungs- und Rechtsausschuss, Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration, Ausschuss für Schule und Sport, Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien, Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft sowie an den Europaausschuss zu überweisen. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist das einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Weiterhin wird vorgeschlagen, den Entwurf „Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen“, Drucksache 6/5552, ebenfalls eingebracht von der Staatsregierung, an die folgend genannten Ausschüsse zu überweisen: Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dies einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist damit beendet. Somit ist auch die Tagesordnung der 38. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags abgearbeitet.

Das Präsidium hat den Termin für die 39. Sitzung auf Mittwoch, den 31. August 2016, festgelegt. Die Einladung und die Tagesordnung gehen Ihnen zu.

Meine Damen und Herren! Ich erkläre die 38. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags für geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 15:47 Uhr)

